



SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Nr. 01/März 2019

DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Der Brexit und die Europawahl

Inhalt

Meldungen	2 – 4
Brexit und Europawahl	5 – 13
Wahlaufruf der Landtagspräsidenten	5
Jugendforum, Erstwahlhelfer, Wahl-O-Mat	6
Ausgangslage, Wahlrecht, Kandidaten	7
Rückblick 1973: Dänen, Briten und Iren treten der EG bei	8
Brexit: Stimmen aus dem Landtag, das Land bereitet sich vor	11
Minderheiten-Kommissar, Ostsee-Zusammenarbeit	12
Grenzpendler, Oeversee-Gedenkmarsch	13
Leichte Sprache:	
Zeugnis mit oder ohne Noten?	14
Personalien	15
Im Zentrum:	16 – 17
Tag der offenen Tür im Landeshaus am 16. Juni	
Plenarberichte	18 – 21
Cybersicherheit, Gewalt gegen Frauen	18
Klima-Demos, Legalisierung von Cannabis	19
Initiative für mehr Frauen in den Parlamenten	20
Kita Reform, Abschiebehaft	21
Ausschüsse	22 – 24
Buchungsportale und Wohnungsknappheit, Agrarpolitiker auf der Grünen Woche	22
Philosophie-Unterricht, Fonds für Heimopfer	23
Ist E-Sport richtiger Sport?	24
Die Seite für das Ehrenamt	25
Politische Bildung	26 – 27
Der Film „Wildes Herz“ und die staatliche Neutralität	26
100 Jahre „Politik als Beruf“ von Max Weber	27
Niederdeutsch-Beirat traf sich zum 50. Mal	28
Bücherecke, Impressum	29
Im Porträt: Heiner Dunckel (SPD), Frank Brodehl (AfD)	30
Ins Bild gerückt: zu Besuch im Landeshaus	31
Termine, Termine, Termine	32

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

selten war die Fertigstellung einer Landtagszeitschrift so sehr von der weltpolitischen Lage abhängig wie bei dieser Ausgabe mit den Schwerpunkten Brexit und Europa. Bis zur Endredaktion am Nachmittag des 29. März blieb es unklar, ob, wann und wie Großbritannien aus der EU austritt. Wir hatten vier verschiedene Titelseiten vorbereitet, erst kurz vor Druckbeginn fiel die Entscheidung.

Auch die Debatten im Landtag spiegeln die Unsicherheit wider. Die Landespolitik hat die Entwicklung in London mit sorgenvoller Miene verfolgt und Vorkehrungen für den Brexit getroffen. Dass die Beziehung des Vereinigten Königreichs zur EG bereits beim Beitritt 1973 schwierig war, zeigt unsere Rückblicksgeschichte.

Das Brexit-Tauziehen hat zuletzt die kleinen, konkreten Aspekte der europäischen Zusammenarbeit aus dem Blick verdrängt. Aber auch die sind bedeutsam für Schleswig-Holstein – etwa die soziale Absicherung von Grenzpendlern oder die Vertretung kultureller Minderheiten auf EU-Ebene.

Wie es in Brüssel weitergeht, entscheidet sich bei der Europawahl Ende Mai. Wir stellen die Ausgangslage im Lande und das Wahlrecht vor und weisen auf Initiativen hin, die die Wahlbeteiligung steigern sollen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihre Redaktion

Bundespräsident Steinmeier kam nach Neumünster

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Anfang März das Demokratieprojekt „New Ways for Newcomers“ in Neumünster besucht. Das Staatsoberhaupt kam auf Einladung des Landesbeauftragten für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, in den Norden.



Ankunft im Bildungszentrum in Neumünster: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier trifft den Landesbeauftragten für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann (re.).

der Bundespräsident als Schirmherr ins Leben gerufen hat. Anlass für den Ideenwettbewerb ist das 70. Jubiläum des Grundgesetzes am 23. Mai. Bei einem Mittagessen mit Menschen mit Migrationshintergrund traf der Bundespräsident auch Landtagspräsident Klaus Schlie und Ministerpräsident Daniel Günther (CDU).



„New Ways for Newcomers“ ist eines von drei Projekten, die Steinmeier bundesweit besucht hat, neben Krefeld und Halle. Ziel der Initiativen: Menschen, die selten mit Politik in Berührung kommen, über Diskussions- und Beteiligungsformate zu erreichen. Hintergrund ist der Ideenwettbewerb „Demokratie ganz nah – 16 Ideen für ein geliebtes Grundgesetz“, den

Bundesverdienstkreuz 1. Klasse für Martin Kayenburg

Der ehemalige Landtagspräsident Martin Kayenburg ist von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse gewürdigt worden. Ministerpräsident Daniel Günther überreichte die Auszeichnung Ende März. Kayenburg war von 2005 bis 2009 Parlamentspräsident. Zuvor wirkte er als CDU-Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer. „Von herausragender Bedeutung“ sei Kayenburgs Mitarbeit in den beiden Föderalismuskommissionen von Bundestag und Bundesrat gewesen, so der Bundespräsident. Kayenburg sei auch „zentraler Wegbereiter für die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung“ gewesen. Zudem wird Kayenburgs Engagement im kirchlichen, kulturellen und sozialen Bereich hervorgehoben, etwa als Präsident des Arbeiter-Samariterbundes Schleswig-Holstein und als Schirmherr des Segelschiffes „Thor Heyerdahl“. Landtagspräsident Klaus Schlie würdigte seinen Amtsvorgänger als „hochverdiente, über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus geachtete Persönlichkeit“. Schlie hatte gemeinsam mit dem katholischen Erzbischof von Hamburg, Stefan Heße, die Anregung zur Ordensverleihung gegeben.



Ex-Landtagspräsident Martin Kayenburg (li.) und Ministerpräsident Daniel Günther

Jamaika will Teile der Wasser-Initiative übernehmen

Die Jamaika-Fraktionen wollen „die meisten Kernanliegen“ der „Volksinitiative zum Schutz des Wassers“ übernehmen, hieß es Ende März in einer gemeinsamen Mitteilung von CDU, Grünen und FDP. Die Vorschläge sollen in das „Wasserrechtsmodernisierungsgesetz“ der Landesregierung eingearbeitet werden, das im Umwelt- und Agrarausschuss beraten wird. Vertreter der Volksinitiative kritisierten dieses Vorgehen als intransparent.

Die Organisatoren hatten im Mai vergangenen Jahres 42.185 Unterschriften übergeben. Davon waren mindestens 28.970 gültig. Eine genaue Zahl gibt es nicht, weil in einem Amt des Kreises Nordfriesland die Auszählung abgebrochen wurde, als abzusehen war, dass die erforderliche Mindestzahl von 20.000 gültigen Unterschriften erreicht werden würde.

Der Landtag hält die Kernforderung nach einem Verbot der umstrittenen Fracking-Technologie im Landesrecht für unzulässig, weil dies in die Kompetenz des Bundes falle. Die Initiatoren sind gegen diese Rechtsauffassung vors Landesverfassungsgericht gezogen. Andere Teile der Initiative sind hingegen zulässig. Dabei geht es um behördliche Zuständigkeiten, Haftungsfragen und Offenlegungspflichten für Unternehmen.

Wohnraum-Initiative fordert Verfassungsergänzung

Die vom Sozialverband Deutschland und vom Mieterbund gestartete Volksinitiative hat nach eigenen Angaben 39.311 Unterschriften gesammelt. Die Initiatoren wollen in der Landesverfassung festschreiben, dass das Land „die Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem



Unterschriften-Übergabe Ende Februar vorm Landeshaus: Ralf Stegner (SPD), Jochen Kiersch (Landesvorsitzender des Mieterbundes), Jutta Kühl (Landesvorsitzende des Sozialverbandes Deutschland), Landtagspräsident Klaus Schlie, Burkhard Peters (Grüne), Özlem Ünsal (SPD, v.li.n.re.)

Wohnraum“ fördert – „insbesondere durch Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, durch Mieterschutz und Mietzuschüsse“. Damit sich der Landtag mit dem Anliegen befassen muss, sind 20.000 gültige Unterschriften nötig.

Wortwörtlich



„Der Lehr- und Prüfungsbetrieb an unseren Hochschulen verträgt keine Verschleierung der Studenten. Deshalb müssen wir Hochschulen die rechtliche Möglichkeit geben, eine solche Verschleierung auch zu verbieten, und zwar rechtssicher.“
(Frank Brodehl, AfD)



„Zu einer offenen Kommunikation gehört eben nicht nur das gesprochene Wort, sondern auch Mimik und Gestik sind wesentliche Elemente. Es ist von großer Bedeutung, sich gegenseitig zu sehen, um sich am Ende auch zu verstehen.“
(Tobias Loose, CDU)



„Wir müssen in der Debatte über interkulturelle Toleranz im wahrsten Sinne des Wortes Gesicht zeigen und deutlich machen, wo wir Grenzen ziehen müssen. Ich sage es ganz deutlich: Bei einer Vollverschleierung endet für mich die Liberalität.“
(Christopher Vogt, FDP)



„Wir brauchen einen besonnenen und souveränen Umgang mit der salafistischen Szene in Schleswig-Holstein. Ein Einzelfall, anhand dessen nun eine Gesetzesänderung erfolgen soll, die für alle Geltung hat, ist nicht besonders besonnen.“
(Lasse Petersdotter, Grüne)



„Eine - ich betone: eine - von 31.000 Studentinnen in Schleswig-Holstein trägt Niqab und Burka. Ein einzelner Mensch startet eine Provokation, und die gesamte Öffentlichkeit springt über das Stöckchen.“
(Heiner Dunckel, SPD)



„Schleswig-Holstein hat knapp 2,9 Millionen Einwohner. Eine davon ist im Niqab in der Uni erschienen. Wir haben kein gesellschaftliches Problem, nun wirklich nicht.“
(Lars Harms, SSW)



„Wir reden über die Rechte von Mann und Frau, über Unterdrückung und Unfreiheit. Wir müssen uns daher auch die Frage stellen, bis zu welchem Grad die Vollverschleierung von Frauen und die damit einhergehende Symbolik der Unterdrückung mit unseren Werten vereinbar ist und wie weit wir das tolerieren wollen.“
(Bildungsministerin Karin Prien, CDU)



Aus der Debatte am 6. März über die Vollverschleierung einer muslimischen Studentin in Kiel. Die Uni untersagte das Tragen des Niqab, der nur einen Augenschlitz frei lässt.

Sayn-Wittgenstein erhält Büroausstattung

Die fraktionslose Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein bekommt einmalig 10.000 Euro für einen Internetanschluss und die Einrichtung eines IT-Arbeitsplatzes. Das hat der Landtag im Februar einstimmig beschlossen. Zudem erhält sie einen monatlichen Pauschalbetrag zur Abdeckung der laufenden Kosten in Höhe von 1.095 Euro. Das entspricht 25 Prozent dessen, was einem Fraktionsmitglied zusteht. Über die Verwendung der Mittel besteht Rechnungslegungspflicht. Nicht genutzte Gelder und Materialien sind nach Ende der Wahlperiode an das Land zurückzugeben. Im Gegenzug werden die Mittel der jetzt vierköpfigen AfD-Fraktion um den Betrag gekürzt, den sie zuvor für ein fünftes Mitglied erhalten hat.

Sayn-Wittgenstein war am 4. Dezember 2018 aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen worden. Dagegen hat sie Klage beim Landesverfassungsgericht eingereicht. Der Landtag beschloss im März, in diesem Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

Die Affen reisen ab

Rund 250 Tage trotzten zehn Bronze-Gorillas vor dem Landtag Wind und Wetter. Mitte März kehrten sie per Tieflader zurück ins Kunst- und Kulturzentrum Carlshütte in Büdelsdorf. „Die friedlichen Riesenaffen waren fast ein Dreivierteljahr die stillen Wächter des Landeshauses“, so Landtagspräsident Klaus Schlie: „Ihre Beliebtheit in der Bevölkerung hat bis zuletzt nicht nachgelassen.“ Die 3,60 Meter großen Skulpturen des chinesischen Künstlers Liu Ruowang sind ein Markenzeichen der Büdelsdorfer „NordArt“. Den Steuerzahler habe die Aktion nichts gekostet, betont Schlie. Der An- und Abtransport der 600-Kilo-Skulpturen sei von einem Sponsor bezahlt worden.



„Nicht alles, was so heißt, ist eine Petition“

Der Petitionsausschuss grenzt sich gegen Plattformen wie openPetition oder Change.org ab. „Wir sind das Original“, sagte der Ausschussvorsitzende Hauke Göttsch Ende März.

„In der Bevölkerung und in der medialen Berichterstattung wird das Mitklicken auf privaten Online-Portalen oftmals mit dem parlamentarischen Petitionsverfahren verwechselt“, so Göttsch. Bürger seien

enttäuscht, wenn ihre Eingaben auf diesen Portalen nicht vom Ausschuss beraten werden. Offenbar bestehe der Eindruck, die Online-Portale arbeiteten mit dem Landesparlament zusammen. „Das ist aber nicht der Fall“, unterstreicht Göttsch.

Auch der Petitionsausschuss ist online erreichbar. Auf sh-landtag.de können unter der Rubrik „Petitionen“ individuelle Anliegen vorgebracht sowie öffentliche Petitionen gestartet und mitgezeichnet werden.

„Jugend debattiert“: Sieg für Melia und Arvid

Beim Landesfinale des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ konnten sich Melia Fehler (15) von der Ernestinenschule Lübeck und Arvid Baier (18) von der Stormarnschule Ahrensburg gegen sechs Mitbewerber durchsetzen.



Melia siegte in der Altersgruppe I (Klassen 8 bis 10). Dort ging es um die Frage, ob in der Europäischen Union alle Schüler für mindestens ein halbes Jahr in einem anderen EU-Staat zur Schule gehen sollten. In der Altersgruppe II (Klassen 11 bis 13) belegte Arvid den ersten Rang. Seine Gruppe diskutierte, ob die Parteien verpflichtet werden sollten, gleich viele Frauen und Männer als Kandidaten aufzustellen. Die zweiten Plätze erreichten Max Daubmann von der Johannes-Brahms-Schule Pinneberg und Richard Lampe von Gymnasium Schenefeld. Gemeinsam mit den Siegern fahren sie vom 20. bis 22. Juni zu den Finaltagen nach Berlin.

Landtag fordert Wertschätzung für Obdachlose

Auf Einladung des Landtages haben rund 120 Obdachlose Anfang Februar im Kieler Bodelschwingh-Haus gemeinsam gespeist. Abgeordnete, Verwaltungsmitarbeiter und Partner aus sozialen Einrichtungen servierten Suppe, Fleisch, Gemüse und Kuchen. Ziel des Abends war es, ins Gespräch zu kommen und sich über die Probleme von Menschen ohne Dach überm Kopf auszutauschen. Es gehe darum, „öffentliche Aufmerksamkeit für die Themen Ausgrenzung, Stigmatisierung und Gewalt“ zu wecken, so Landtagspräsident Klaus Schlie: „Wir wollen Menschen Wertschätzung entgegenbringen, die in soziale Bedrängnis gekommen sind und ihnen auf Augenhöhe begegnen.“ Ein weiterer Termin dieser Art ist für den Sommer geplant.

Europawahl: Noch nie war sie so wichtig wie heute

Wahlen zum Europäischen Parlament führten in der Vergangenheit oft ein Schattendasein. Die Entscheidung über die Sitzverteilung in Brüssel und Straßburg galt in den Medien eher als Testlauf für die heimische Regierung - und konnte dennoch viele Wähler nicht erreichen. So lag die Wahlbeteiligung an der vorherigen Europawahl im Jahr 2014 im EU-Durchschnitt bei lediglich 43 Prozent.

Die Europawahl Ende Mai dieses Jahres steht jedoch unter anderen Vorzeichen. „Es werden die wichtigsten Europawahlen seit der ersten im Jahr 1979 sein“, schrieb die griechische Wochenzeitung „To Vima“ zum Jahreswechsel: „Denn im kommenden Mai werden unterschiedliche Vorstellungen von Europas Zukunft aufeinandertreffen.“ Der belgische „Standaard“ sah das genauso: „Die Wahl zum Europäischen Parlament wird wichtiger denn je, weil die Mitgliedsländer über so viele Themen uneins und europaskeptische Parteien in so vielen Ländern im Aufwind sind.“

Die Wahl, die am 23. Mai in den Niederlanden beginnt und in den meisten Ländern am Sonntag, den 26. Mai abgehalten wird, dürfte Aufschluss über den zukünftigen Kurs der Europäischen Union geben. Drei Modelle stehen zur Abstimmung, wie der Politikwissenschaftler Claus Leggewie beobachtet: „der Rückbau in Nationalstaaten und das

„Europa der Vaterländer“, ein Weiter-so „mit den bewährten Kräften der linken und rechten Mitte“ oder doch ein „gemeinsamer Sprung“ in die Europäische Republik“.

In den vergangenen Jahren erhielten europakritische Kräfte Auftrieb. Nach dem Brexit-Referendum 2016 gab es auch in Deutschland, Österreich, Italien und Schweden Rückenwind für EU-Skeptiker. Dennoch scheint die Mehrheit der Bürger ein positives Bild von der EU zu haben. Darauf deutet das „Eurobarometer“ hin, mit dem die Europäische Kommission regelmäßig die Stimmung in der Union misst. Demnach sind zwei Drittel der EU-Bürger der Meinung, dass ihr Land von der Mitgliedschaft profitiert. In Deutschland sind es sogar 75 Prozent. 43 Prozent haben ein positives Bild von der EU, und nur 20 Prozent sehen sie demnach negativ.

Wie die Wahl auch ausgeht: Das neue EU-Parlament und die von ihm getragene EU-Kommission stehen vor großen Aufgaben. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich sind nach wie vor groß, Klimawandel und Artensterben betreffen ganz Europa, der Verbraucherschutz ist in Zeiten der Digitalisierung eine große gemeinsame Herausforderung, und die Terrorabwehr betrifft ebenfalls jedes Mitgliedsland.

Wahlauf Ruf der Landtagspräsidenten

Ende Januar sind die Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in Brüssel zusammengekommen. Sie formulierten einen gemeinsamen Wahlauf Ruf:

Die Präsidenten der deutschsprachigen Landesparlamente kamen Ende Januar in Brüssel zusammen. Landtagspräsident Klaus Schlie steht in der hinteren Reihe, 2 v. re.

*„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!
Dem gemeinsamen europäischen Projekt verdanken wir die längste Friedensperiode in unserer Geschichte. Nie zuvor hat der europäische Kontinent eine vergleichbare Phase der Freiheit, des Wohlstandes und auch der Freizügigkeit seiner Bürgerinnen und Bürger erlebt. All diese Errungenschaften sind wie wohl nie zuvor dem Druck von außen und von innen ausgesetzt. Die Europäische Union muss ihre Rolle im 21. Jahrhundert daher neu ausrichten. Als Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente rufen wir Sie – und insbesondere diejenigen, die erstmals an den Wahlen teilnehmen dürfen – deshalb auf, am 26. Mai 2019 zur Wahl zu gehen. Nutzen Sie Ihre Chance und bringen Sie Ihre Stimme zu Gehör!“*



EUROPAWAHL
2019

mehr zum Thema
auf den folgenden
Seiten

EU-Jugendforum fordert Plastiksteuer

Gut vier Monate vor der Europawahl haben 100 Schüler aus ganz Schleswig-Holstein Anregungen für die zukünftige EU-Politik formuliert. Beim „Jugendforum“, zu dem das deutsche Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments Mitte Januar geladen hatte, standen die Themen Umwelt und Verbraucherschutz im Mittelpunkt.

Abgeordnete des Kieler und des Brüsseler Parlaments stellten sich den Schülern aus Flensburg, Bad Schwartau, Marne, Osterönfeld und Elmshorn. Eine Forderung der Jugendlichen: eine Steuer auf umweltschädliche Plastikverpackungen. Hersteller sollten zur Kasse gebeten werden, wenn mehr als 20 Prozent der Verpackung aus Plastik besteht. Eine gute Idee, fand der SPD-Landtags-

abgeordnete Bernd Heinemann und verwies auf die 20-Cent-Gebühr für Plastiktüten an der Supermarktkasse. Dadurch seien deutlich weniger dieser Tüten im Umlauf. Plastik sei „nicht nur schlecht“, entgegnete Stephan Holowaty (FDP), denn es verbessere Hygiene und Haltbarkeit eines Produkts.

Die Schüler machten sich außerdem für „kindergerechte Werbung“ im Fernsehen stark. Also: keine Reklame für Fastfood oder Glücksspiel, wenn Filme für Minderjährige laufen. Burkhard Peters (Grüne) gefiel die Stoßrichtung und wollte auch die „Schleichwerbung durch Influencer bei YouTube“ stärker regulieren. Die Europaabgeordnete Ulrike Rodust (SPD) setzte dagegen auf die „Medienkompetenz der Eltern“.

Kampagne zur Europawahl

Das Berliner Verbindungsbüro organisiert zudem in Deutschland die Kampagne des Europäischen Parlaments für eine höhere Wahlbeteiligung bei der Europawahl. Unter www.diesmalwähleich.eu können Bürger sich registrieren, um Informationen zu erhalten, mit denen sie andere zur Stimmabgabe motivieren können. Das Verbindungsbüro vernetzt die Interessierten und die Veranstaltungen der Kampagne, etwa Bürger- und Jugendforen oder Treffen von Multiplikatoren aus Politik und Gesellschaft.



Europa-Debatte im Kieler Plenarsaal: die Landtagsabgeordneten Bernd Heinemann (SPD), Stephan Holowaty (FDP), Burkhard Peters (Grüne) und die Europaparlamentarierin Ulrike Rodust (SPD)

„Erstwahlhelfer“ unterstützen die Wahllokale

Wie bei der Landtagswahl 2017 unterstützen auch bei der Europawahl speziell geschulte jugendliche „Erstwahlhelfer“ den Urnengang in den Wahllokalen. Sie durchlaufen ein Demokratie-Training und übernehmen am Wahltag Verantwortung in zahlreichen Städten und Gemeinden.

Für Schleswig-Holstein leitet das Hamburger Bildungsinstitut „Haus Rissen“ das Projekt. Gefördert werden die „Erstwahlhelfer“ vom Landesbeauftragten für politische Bildung sowie der Johann-Max-Böttcher-Stiftung. Schirmherr ist Landtagspräsident Klaus Schlie, der die Jugendlichen nach getaner Arbeit im Juni in den Landtag einlädt.

Mehr Informationen gibt es unter sh.erstwahlhelfer.de

Im Internet und in der Nachbarschaft: Wahl-O-Mat geht wieder an den Start

Auch bei der Europawahl hilft der Wahl-O-Mat bei der Entscheidung. Das Frage-und-Antwort-Spiel im Internet zeigt, welche Partei der eigenen Position am nächsten steht. Die Nutzer können 38 Thesen mit „stimme zu“, „stimme nicht zu“, „neutral“ oder „These überspringen“ kommentieren. Alle zur Wahl zugelassenen Parteien haben ebenfalls Stellung bezogen. Die Nutzer können ihre eigenen Standpunkte mit denen der Parteien abgleichen, und der Grad der Übereinstimmung wird errechnet. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat den Wahl-O-Mat seit 2002 bei den meisten Wahlen zu den Landtagen, zum Bundestag und zum EU-Parlament an den Start gebracht – inzwischen mit millionenfacher Beteiligung. Die Wahlhilfe wird Ende April unter www.wahlomat.de freigeschaltet.



Anschließend zieht der Landesbeauftragte für politische Bildung mit dem „Wahl-O-Mat zum Aufkleben“ durchs Land – eine analoge Variante mit Stellwänden und Klebepunkten.

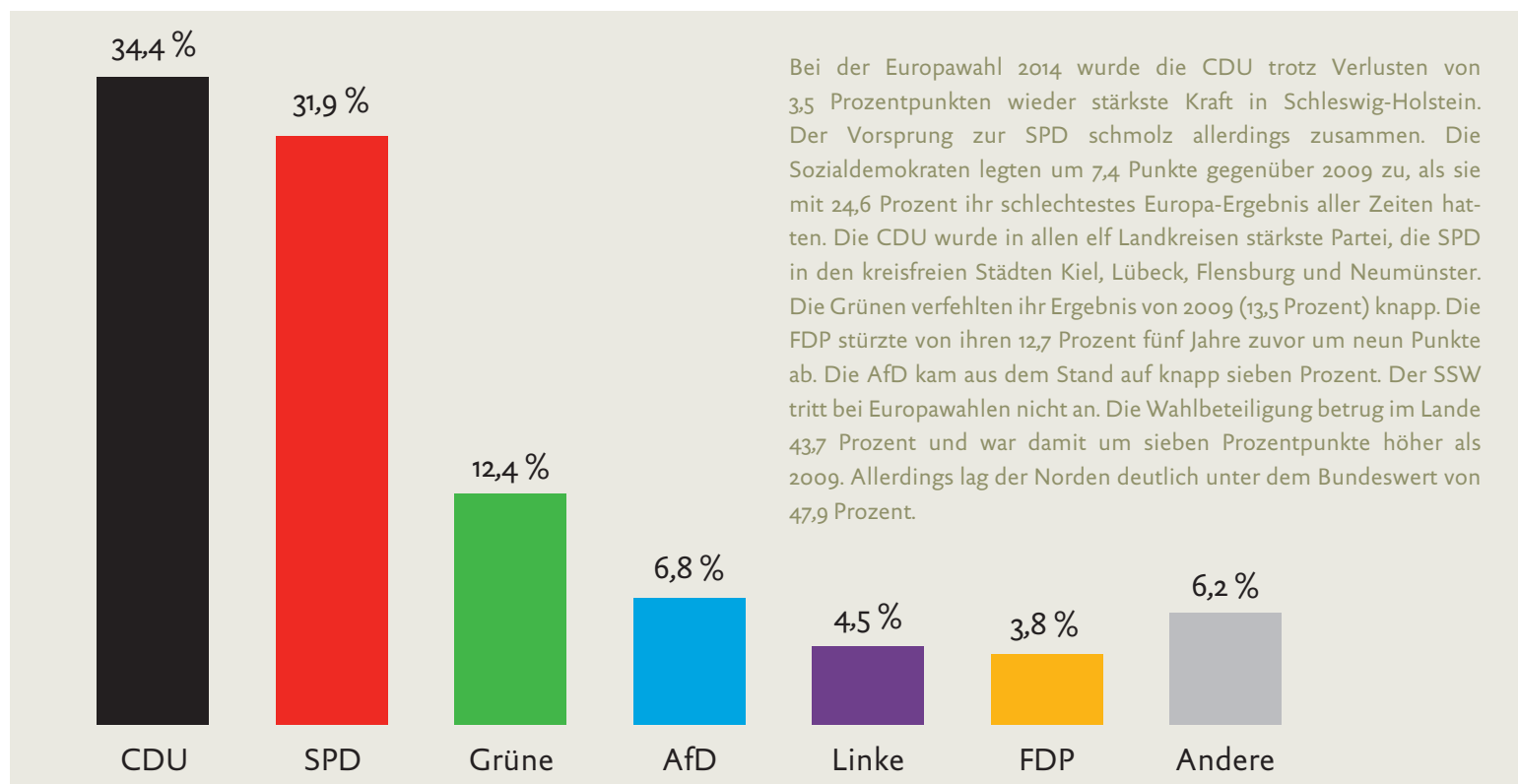
Die Termine:

6. Mai: Husum, 7. Mai: Heide,
9. Mai: Bad Segeberg, 10. Mai: Eckernförde,
14. Mai: Lübeck, 15. Mai: Kiel,
16. Mai: Flensburg, 17. Mai: Itzehoe,
20. Mai: Plön, 21. Mai: Pinneberg,
23. Mai: Neumünster, 24. Mai: Ratzeburg

Weitere Termine werden auf der Seite www.politische-bildung.sh bekannt gegeben, Rubrik „Aktuelles“, Stichwort „Neuigkeiten“.

Die Ausgangslage: zweimal über 30 Prozent

Die Europawahl 2014 in Schleswig-Holstein



Das Wahlrecht: eine Stimme, keine Sperrklausel

Tritt Großbritannien aus der EU aus, schrumpft das Europaparlament für die kommenden fünf Jahre von 751 auf 705 Sitze. Diese werden auf die einzelnen Staaten verteilt. Deutschland als bevölkerungsreichstes Land entsendet 96 Parlamentarier. Das kleinste Kontingent haben Luxemburg, Malta und Zypern mit jeweils sechs Europaabgeordneten.

Die 96 deutschen Abgeordneten werden nach den Grundsätzen der reinen Verhältniswahl nach Listen gewählt. Wahlkreise wie bei der Bundestags- oder der Landtagswahl, in denen ein Teil der

Abgeordneten direkt gewählt wird, gibt es nicht. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Diese wird für die Liste einer Partei abgegeben. Fast alle größeren Parteien treten mit einer gemeinsamen Bundesliste an. Nur die Union hat Landeslisten aufgestellt. So kommt die CDU nicht in Konkurrenz mit der bayrischen Schwester CSU. Eine Sperrklausel gibt es bei der Europawahl nicht. 41 Parteien treten an.

Die Verteilung der 96 deutschen Sitze auf die einzelnen Parteien wird nach dem Divisorverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers vorgenommen, wie auch bei der Landtags- und der Bundestagswahl. Teilnahmeberechtigt sind alle Deutschen sowie alle Staatsangehörigen der übrigen EU-Mitgliedsstaaten, die das 18. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten in Deutschland eine Wohnung haben oder sich hier gewöhnlich aufhalten.

Die Kandidaten: Bewährte Abgeordnete gehen – wer kommt?

In der aktuellen Wahlperiode wird Schleswig-Holstein im Europaparlament von drei Abgeordneten vertreten:

Reimer Böge (CDU) gehört dem EU-Parlament seit 1989 an. Er ist dort Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP). Zur Wahl im Mai tritt er nicht wieder an.

Ulrike Rodust (SPD) saß von 1993 bis 2008 im Landtag und hat seitdem einen Sitz in Brüssel und Straßburg. Sie ist Teil der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten. Auch sie kandidiert nicht noch einmal.

Ulrike Trebesius wurde 2014 über die Liste der AfD ins Europaparlament gewählt. Sie trat 2015 aus der Partei aus. Ihre neue Partei, die Liberal-Konservativen Reformer (LKR) verließ sie im September 2018. Sie gehört der Fraktion der Europäischen Konservativen und

Reformer an, in der beispielsweise die britischen Konservativen und die polnische Regierungspartei PiS zusammengeschlossen sind.

Unter den Kandidaten aus dem Norden, die sich am 26. Mai bewerben, sind mehrere aktuelle und ehemalige Landtagsabgeordnete:

Rasmus Andresen, Landtagsvizepräsident und seit 2009 für die Grünen im Landtag, steht auf Platz 16 der Grünen-Bundesliste.

Niclas Herbst, von 2005 bis 2012 für die CDU im Landtag, steht auf Platz 1 der CDU-Landesliste.

Marion Herdan gehörte der CDU-Fraktion im Landtag von 2009 bis 2012 an. Auf der Europaliste der Landes-CDU steht sie auf Platz 3.

Patrick Breyer war von 2012 bis 2017 Piraten-Abgeordneter im Landtag und zweitweise Fraktionsvorsitzender. Er steht auf Platz 1 der bundesweiten Liste der Piraten zur Europawahl.

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. 1973 ging es um skeptische Partner in Kopenhagen, Dublin und London.

1973

Dänen, Iren und Briten treten der EG bei – und schimpfen auf Europa

Schon kurz nach dem Beitritt Dänemarks, Irlands und Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft hadern die Neumitglieder mit der EG. Auch im Landtag gibt es kritische Töne. Eine Abordnung aus Kiel reist im September 1973 nach Dublin und London und begegnet massiven Vorbehalten gegenüber Europa – eine Vorahnung der heutigen EU-Skepsis, die bis zum Brexit geführt hat.

Im Herbst 1972 herrscht noch Aufbruchsstimmung und Europa-begeisterung in der schleswig-holsteinischen Landespolitik. Ein „gemeinsames Handeln an der Nahtstelle der Völker“ stehe bevor, verkündet Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU) bei einer Rede in Husum. Landtagspräsident Helmut Lemke erklärt vor skandinavischen Gästen im Landeshaus: „Wir alle kommen der politischen Integration Europas näher.“

Anlass für den Optimismus ist das dänische Ja zur EG. In einem Volksentscheid am 2. Oktober 1972 stimmen 63,5 Prozent für einen Beitritt des Königreichs – „eine die Prognosen der Meinungsforscher weit übertreffende Zustimmung“, wie die „Kieler Nachrichten“ (KN) anmerken. Im Grenzland kreuzen sogar 67,8 Prozent das Ja an. Das Referendum lockt die Dänen „in hellen Scharen“ an die Urnen, berichten die KN. Die Beteiligung liegt bei

knapp 90 Prozent. Die dänische Regierung hat den EG-Beitritt beantragt, nachdem Großbritannien diesen Weg beschritten hatte. Die Dänen sind wirtschaftlich eng mit den Briten verflochten. So kommen Anfang der 70er Jahre auf der Insel 90 Prozent des importierten Schinkens und 50 Prozent des importierten Dosenfleisches aus dänischen Schlachthöfen.

Am 1. Januar 1973 tritt Dänemark, gemeinsam mit Großbritannien und Irland, dem Staatenbund bei. Es ist die erste Erweiterung der EG. Aus der Sechserunde mit den Gründungsmitgliedern Deutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten wird eine Neuner-Gemeinschaft.

Sorge um Jobs und Absatzmärkte

Kaum sind die Sonntagsreden der Kieler Politiker verklungen, rücken allerdings die

Alltagssorgen in den Blick. Dänen, Briten und Iren sind nun Teil der Zollunion – und damit Konkurrenten. Die Neumitglieder können ihre Produkte ohne Schranken auf den deutschen Markt bringen. Das sorgt im Landtag im Laufe des Jahres 1973 für kritische Töne. Hinzu kommt: Über der Weltwirtschaft ziehen dunkle Wolken auf. Nach der Unterstützung des Westens für Israel im Jom-Kippur-Krieg im Herbst 1973 drehen die arabischen Ölproduzenten den Hahn zu. Der Rohölpreis verdreifacht sich binnen eines Jahres und reißt Europa in die Rezession.

Der Beitritt Dänemarks, bemerkt Wirtschaftsminister Jürgen Westphal (CDU) im Juni 1973 im Landtag, „bedeutet für einige Branchen unserer Wirtschaft eine verstärkte Konkurrenz.“ Dies gelte für „die Bauwirtschaft, die Baustoffindustrie, den grenzüberschreitenden Lkw-Fernverkehr sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrie“. Und er fügt hinzu: „Auch für einige Produkte der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft kann der Wettbewerb durch das Hinzukommen des dänischen Angebots schärfer werden.“ Ministerpräsident Stoltenberg befürchtet sogar politische Übergriffigkeiten aus dem Norden: „Nach dem dänischen Beitritt zur EG ist ein verstärkter kultureller Wettbewerb vor allem von Seiten Dänemarks im Grenzland festzustellen“, heißt es in der Antwort der Staatskanzlei auf eine Kleine Anfrage des SSW. „Diese Feststellung entspricht nicht den Tatsachen“, protestiert der SSW-Abgeordnete Karl Otto Meyer.

Ansichts der wirtschaftlichen Warnmeldungen ruft die Opposition aus SPD und SSW das CDU-Kabinett im Juni

Besichtigungstour in der Brüsseler Altstadt: die Landtagsdelegation auf der Grande Place. Ansonsten erleben die Besucher aus Kiel die belgische Metropole als laut und hektisch – der Bau einer U-Bahn legt den Verkehr weitgehend lahm.



1973 zum Handeln auf. „Durch den dänischen EG-Beitritt ist der alte, zusammenhängende schleswigsche Wirtschaftsraum – vorerst auf dem Papier – wieder zu einer Einheit geworden“, stellt Meyer fest. Nun müsse Kiel endlich den „Entwicklungsrückstand“ des nördlichen Landesteils beheben. Der Sozialdemokrat Hans Schwalbach legt nach: „Die CDU-Landesregierungen der letzten 20 Jahre haben den Landesteil Schleswig sträflich vernachlässigt!“

Krise im Staate Dänemark

Die EG-Erweiterung führt in Kiel zu sorgenvollen Mienen, im Nachbarland löst sie eine politische Krise aus. Ministerpräsident Jens Otto Krag tritt einen Tag nach dem Referendum zurück. Seine Sozialdemokraten haben für die EG geworben, ihr Bündnispartner, die Sozialistische Volkspartei, ist jedoch gegen den Beitritt. Nun zerbricht die Koalition. Die Anti-EG-Bewegung wird von der äußersten Linken und der äußersten Rechten getragen, die den Beitritt in eine Reihe mit der deutschen Besetzung der Jahre 1940 bis 1945 rücken. Am Tag der Abstimmung ist die Lage angespannt. Die „Kieler Nachrichten“ melden, dass die Wahllokale „erstmalig“ von Polizisten geschützt werden.

Nach dem Bruch der Koalition regiert zunächst eine sozialdemokratische Minderheitsregierung das Land. Im Dezember 1973 stehen dann Neuwahlen an, und die werden zum „Tag der Rache“ am politischen Establishment, so das Magazin „Der Spiegel“. Sowohl die Sozialdemokraten als auch die bürgerlichen Parteien brechen ein. Sieger ist die „Fortschrittspartei“ des Kopenhagener Rechtsanwalts Mogens Glistrup, die aus dem Stand auf 16 Prozent kommt und damit zweitstärkste Kraft wird. Glistrup hat dem dänischen Wohlfahrtsstaat mit seinen hohen Steuern den Kampf angesagt und fällt mit exotischen Forderungen auf. So schlägt er vor, die dänischen Streitkräfte aufzulösen und stattdessen ein Telefon mit einer automatischen Ansage anzuschaffen, die auf Russisch den Satz „Wir kapitulieren“ aufsagt. Öffentlich Bedienstete will Glistrup zur Zwangsarbeit in den Braunkohletagebau schicken. „Wie konnte es passieren, dass sich Scharen von Wählern von den alten Parteien abwandten und ihr Vertrauen ungeprüften Politikern schenkten, die nicht einmal ausgearbeitete Parteiprogramme aufzuweisen haben?“, fragt der entsetzte Kommentator

der „Lübecker Nachrichten“ (LN). Schuld sei auch die Spaltung der linken Parteien über die EG-Frage, analysieren die LN.

Dänemark wird in den folgenden Jahrzehnten von Minderheitskabinetten regiert, die stets die Europaskepsis an den Rändern beachten müssen, um sich Mehrheiten im Folketing zu organisieren. Im Lauf der Jahre werden die Dänen noch mehrfach an die Wahlurne gebeten, um europapolitische Grundsatzfragen zu klären. So geben sie 1993 erst im zweiten Anlauf ihr Okay zum Maastricht-Vertrag, der die Grundlage der heutigen Europäischen Union



In Irland besuchten die Kieler Parlamentarier auch die Farm von Boy Hoff aus Hollingstedt. Der Landwirt aus dem Kreis Schleswig-Flensburg war auf die Grüne Insel übersiedelt und zum Verwalter und Miteigentümer eines 225 Hektar großen Anwesens bei New Ross (Grafschaft Wexford) aufgestiegen.

bildet. Im Jahr 2000 votieren die Dänen gegen den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion und damit zum Euro. Auch der erste „Exit“ der europäischen Geschichte hat eine dänische Note: Die ehemalige Kolonie Grönland tritt 1985 aus der Europäischen Gemeinschaft aus.

Brüssel und Dublin liegen über Kreuz

Bei den anderen beiden Teilnehmern der Erweiterung von 1973, Irland und Großbritannien, herrscht ebenfalls schon wenige Monate später Ernüchterung. In der Brüsseler EG-Zentrale wiederum schüttelt man den Kopf über die Neulinge. Das bemerkt eine Delegation des Landtages, die im September 1973 Brüssel, Dublin und London besucht. Die Landtagszeitschrift

berichtet von der Reise, und auch die KN haben Korrespondenten vor Ort.

Erste Station der zwölf-tägigen Rundfahrt ist die belgische Hauptstadt. In der dortigen EG-Kommission beklagt man gegenüber den Abgeordneten aus Norddeutschland das Anspruchsdenken und die Unzuverlässigkeit der Neuankömmlinge. So scheren die Briten mit ihrem Pfund Sterling aus dem System der festen Wechselkurse aus, bemängelt ein hochrangiger Beamter. Anstatt auf Währungsdisziplin setze London auf eine Abwertung des Pfund, um heimische Erzeugnisse auf dem Weltmarkt billiger

zu machen. Die Iren wiederum erwarten massive Finanzspritzen aus dem neuen Regionalfonds, berichtet der deutsche Top-Beamte Wolfgang Stabenow. Es gehe bei der Förderung strukturschwacher Regionen jedoch nicht um einen „Akt der Barmherzigkeit für arme Verwandte“, betont Stabenow, sondern um gezielte, sinnvolle Unterstützung.

Wenige Tage später bekommen die Schleswig-Holsteiner in der irischen Hauptstadt Dublin die andere Seite der Medaille präsentiert. In der irischen Bevölkerung wachse die Enttäuschung über Europa, beklagt ein Mister Copland aus dem Finanzministerium. Im Mai 1972 haben in einem Volksentscheid auf der Grünen Insel sogar 85 Prozent der Teilnehmer für Europa gestimmt, in der Hoffnung auf schnelle Hilfen für das Armenhaus Westeuropas. Das

irische Bruttosozialprodukt beträgt 1973 nur die Hälfte des EG-Durchschnitts. Nun, da die Unterstützung ausbleibe, fühle man sich „irreführt“, klagt Copland.

Auch die Republik Irland befragt in den kommenden Jahrzehnten ihre Bürger mehrfach über europäische Themen. Der Vertrag von Nizza wird im Jahr 2002 durchgewinkt. Den Lissabon-Vertrag, der bis heute den Verfassungsrahmen der EU absteckt, akzeptieren die Iren im Jahr 2009 hingegen erst im zweiten Anlauf. Ein erstes Referendum hatte ein Jahr zuvor noch ein „No“ ergeben.

Labour droht mit Volksabstimmung über den Austritt

Eine geballte Ladung Europa-Skepsis wartet schließlich in London auf die 13-köpfige Delegation aus Kiel. Der konservative Unterhausabgeordnete Hugh Rossi aus dem noblen Londoner Stadtteil Hornsey kritisiert den „Butterberg“, den die stark subventionierte EG-Landwirtschaft angehäuft hat. Dass das überschüssige Streichfett für einen Spottpreis in die Sowjetunion verkauft wird, ist dem späteren Sozialminister in der Regierung von Margaret Thatcher ebenfalls ein Dorn im Auge. Und wie die Iren fordert Rossi kräftige Zuschüsse für entlegene Landesteile von der EG.

Noch deutlicher wird der Labour-Abgeordnete Willie Hamilton. Die Vorwürfe des Schotten, der sich als Gegner der britischen Monarchie einen Namen gemacht hat, klingen wie ein Auszug aus der aktuellen Brexit-Kampagne: Die EG sei undemokratisch, und die Mitgliedsstaaten seien gezwungen, sich „den Bürokraten in Brüssel zu unterwerfen“, schimpft der Sohn einer Bergarbeiterfamilie. Die Gemeinschaft müsse die multinationalen Konzerne unter Kontrolle bringen, doch stattdessen sei der gemeinsame europäische Markt ein „Club der reichen Leute“. Hamiltons Ankündigung: Wenn Labour die nächste Wahl gewinnt, dann werde die neue britische Regierung das Beitrittsabkommen nachbessern und anschließend die Bevölkerung über den Verbleib in der EG abstimmen lassen.

Abstimmung 1975: „Yes“ zu Europa

Und genauso kommt es. Wie in Kopenhagen, so stürzt auch in London die Regierung kurz nach dem Eintritt in die EG.

In Großbritannien hatte die Konservative

Partei den Beitritt vorangetrieben. Die Tories setzen auf den freien Zugang der britischen Industrie zum europäischen Markt. Die Labour Party ist hingegen gespalten. Vor allem der linke Flügel warnt vor Niedriglöhnen und Jobverlust. Zwei britische Aufnahmeanträge scheitern in den Jahren 1963 und 1967 – am Veto Frankreichs, dessen Staatspräsident Charles de Gaulle um die Führungsrolle auf dem Kontinent fürchtet. Erst nach dessen Rücktritt ist der Weg frei. Der konservative britische Premier Edward Heath handelt Anfang der 70er Jahre das Beitrittsabkommen aus, das Unterhaus bestätigt diesen Schritt. Anders als in Dänemark und Irland wird in Großbritannien das Volk nicht über den EG-Beitritt befragt.

Heath verliert seinen Posten als Regierungschef nach der Unterhauswahl im Februar 1974, die geprägt ist von Wirtschaftskrisen, Kurzarbeit, Streiks und Inflation. Sein Nachfolger, Harold Wilson von der Labour Party, ruft nach wenigen Monaten im Amt ein Referendum über den EG-Verbleib aus, ein Zugeständnis des pro-europäischen Premiers an den linken Flügel seiner Partei um den europakritischen Schotten Willie Hamilton. Zuvor reist Wilson mit der Austrittsdrohung im Gepäck nach Brüssel, um den Beitrittsvertrag nachzuverhandeln. Das Ergebnis ist überschaubar. Der britische Beitrag zum EG-Haushalt wird leicht gesenkt, und das Inselreich erhält Sonderrechte für den Import von Produkten aus dem ehemaligen Empire. Aber Wilson präsentiert sich den Wählern als Kämpfer für nationale Interessen – und hat Erfolg. Am 5. Juni 1975 votieren 67,2 Prozent für Europa. Die Hoffnung auf Geld von der EG und Impulse für die kränkelnde Wirtschaft kommt in dem Ergebnis zum Ausdruck. Was für Wilson zählt: Der Anti-EG-Flügel seiner eigenen Partei wird ruhiggestellt.

Abstimmung 2016: Jetzt heißt es „No“

Wilson's Schachzug ist die Vorlage für das zweite Referendum im Jahr 2016. Inzwischen haben sich die Vorzeichen umgekehrt. Labour ist mehrheitlich pro-europäisch, während die Front der EU-Skeptiker bei den Konservativen immer stärker wird. Tory-Premier David Cameron will den Europegegnern in seiner Partei den Wind aus den Segeln nehmen, setzt den Volksentscheid an, drängt bei der EU auf Nachbesserungen für sein Land und hofft auf ein erneutes „Yes“ für Europa. Diesmal



Helmut Lemke und Big Ben: der Landtagspräsident am Londoner Themse-Ufer gegenüber dem Palace of Westminster, dem Sitz des britischen Parlaments

wird die Strategie allerdings zum Fehlschlag. 51,9 Prozent der Wähler stimmen am 23. Juni 2016 für den Brexit. Der Ausgang hängt auch mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen zusammen: Anders als 1975 brummt im Jahr 2016 die britische Wirtschaft – die EU wird nicht als Retter in der Not gebraucht. Das Thema Zuwanderung, 40 Jahre zuvor noch unbedeutend, spielt eine entscheidende Rolle. Und: Ein Großteil der britischen Presse schießt vehement gegen die vermeintliche Bevormundung aus Brüssel.

Die Abstimmungen von 1975 und 2016 zeigen: Die Briten sind keine Herzenseuropäer, sondern Pragmatiker. Sie beurteilen Europa nach dem Nutzen für das eigene Land. Die Vision eines vereinten Kontinents ist vielen Menschen auf der Insel fremd geblieben. Eines bleibt gleich: Auch diesmal stürzt die Regierung über Europa. Premierminister David Cameron kündigt am Tag nach der Volksabstimmung seinen Rücktritt an.

Karsten Blaas

Brexit I: Britischer Humor und gelebte Demokratie

Der Landtag hat im Januar und im Februar mehrfach intensiv über den Brexit gestritten. Zitate aus den Debatten:

„Man muss schon ein ausgesprochenes Faible für britischen Humor haben, um noch über etwas lachen zu können, was in Wirklichkeit ein Trauerspiel für Europa und eine Tragödie für Großbritannien ist.“

(Ralf Stegner, SPD)

Schleswig-Holstein kann es sich schlichtweg nicht leisten, britische Beschäftigte einfach ziehen zu lassen. Der Fachkräftemangel lässt es nicht zu, dass wir gut eingearbeitete und qualifizierte Beschäftigte nur aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit nicht mehr länger anstellen.“

(Jette Waldinger-Thiering, SSW)

„Wir erleben, was passiert, wenn sich dumpfer Nationalismus gegen europäische Zusammenarbeit durchsetzt: Alle verlieren.“

(Rasmus Andresen, Grüne)



Der Brexit betrifft uns in Schleswig-Holstein ganz direkt. Das ist kein Eurothema, das ganz weit von den Menschen weg ist. Der Brexit wird ganz konkrete, spürbare Auswirkungen auf viele Bereiche unseres Lebens haben.“

(Regina Poersch, SPD)

„Es nützt auch dem härtesten Brexit-Kritiker nichts, immer wieder auf dem Ausgang des Referendums herumzuhacken. Das war und ist gelebte Demokratie.“

(Volker Schmurrbusch, AfD)



„Wir können und sollten den Brexit nicht nur als Verlust, sondern auch als Chance begreifen – als Chance für einen Neustart der EU mit Mitgliedsstaaten, die sich in der Vergangenheit deutlich integrationswilliger als das Vereinigte Königreich gezeigt haben.“

(Europaministerin Sabine Sütterlin-Waack, CDU)

Die Briten holen sich dieser Tage ihr Land zurück, und das ist ihr gutes und demokratisches Recht als souveräne Nation.“

(Jörg Nobis, AfD)

„Wir müssen uns immer überlegen: Was bedeutet das für Briten, die hier sind und von heute auf morgen einen unsicheren Status haben?“

(Lars Harms, SSW)



„Wir alle haben das Gefühl, dass wir es mit Asterix und Obelix halten, die sagten: Die spinnen, die Briten!“

(Stephan Holowaty, FDP)

„Ich kenne die Entwicklungen in Großbritannien, die dazu geführt haben, dass es das Brexit-Referendum und das Votum zum Austritt aus der Europäischen Union gegeben hat. Das waren Nationalisten und Populisten, die mit Lügen das Volk aufgehetzt haben.“

(Hartmut Hamerich, CDU)

Brexit II: Gesetzgeber und Verwaltung haben sich vorbereitet

Der Landtag bedauert den Austritt Großbritanniens aus der EU, setzt aber weiter auf „enge und partnerschaftliche Beziehungen“ zum Vereinigten Königreich sowie eine „Weiterentwicklung der europäischen Einigung“. Diese Linie unterstützten im März die Koalition, die SPD und der SSW, die AfD enthielt sich. Zudem hat sich Schleswig-Holstein für den Brexit gewappnet.

Landesgesetz: Mit einem „Brexit-Übergangsgesetz“ hat das Land Regelungen für einen geordneten Austritt Großbritanniens aus der EU getroffen. Der Landtag beschloss das Gesetz im März einstimmig. Es stellt für eine Übergangsphase, voraussichtlich bis Ende

2020, die „Kontinuität im Wirtschafts- und Rechtsverkehr“ mit Großbritannien sicher. In diesem Zeitraum gilt das Vereinigte Königreich im Landesrecht weiter als EU-Mitglied, und die Rechte der in Schleswig-Holstein lebenden britischen Staatsbürger bleiben zunächst im Wesentlichen unverändert. Eine Ausnahme ist das Kommunalwahlrecht, das für Briten unmittelbar mit dem Austritt entfällt.

Task Force: Im Wirtschaftsministerium wurde eine „Task Force“ gebildet, die Unternehmen im Falle eines harten Brexit zur Seite steht. Zum zentralen Ansprechpartner wurde Werner Koopmann ernannt, Außenwirtschaftsexperte der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein.

Britische Beamte: Sieben Beamte und 44 Angestellte mit britischem Pass arbeiten derzeit im Landesdienst. Die Beamten können nur im Dienst bleiben, wenn sie eine Ausnahmegenehmigung erhalten und wenn ein „dringendes dienstliches Interesse“ besteht, wie die Staatskanzlei betont. Die Angestellten müssen während der Übergangsfrist einen Aufenthaltstitel und eine Arbeitserlaubnis beantragen.

Hochschulen: Studenten aus dem Vereinigten Königreich können ihr Studium im Lande abschließen – seien sie dauerhaft oder nur für ein oder zwei Semester an einer Nord-Uni eingeschrieben. Darauf weist das Bildungsministerium hin.

Europa-Grundsatzdebatte über Frieden und Bürgergesellschaft

Am 29. März, dem ursprünglich geplanten Datum des Brexit, hat der Landtag an alle Bürger appelliert, von ihrem Wahlrecht bei der Europawahl am 26. Mai Gebrauch zu machen. Ein entsprechender Antrag der Jamaika-Koalition fand die Zustimmung aller Fraktionen. Europaministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) warnte: Die Europawahl sei „zu wichtig, um sie zum Spielball der Brexit-Verhandlungen zu machen“.

Sie kündigte an, auf der Homepage ihres Ministeriums Informationen zum Brexit zur Verfügung zu stellen. Es gehe um nichts Geringeres als „um Frieden, Wohlstand und Demokratie in Europa“, hatte zuvor Oppositionsführer Ralf Stegner (SPD) mit Blick auf den 26. Mai betont. Den Brexit nannte er „ein Lehrstück, was mit einer Demokratie passiert, wenn man Populisten folgt“. „Diese Europäische Union beschert uns eine nie dagewesene Periode des

Friedens von mittlerweile 74 Jahren“, hob auch Hartmut Hamerich (CDU) hervor. Die Bürger müssten aber in der EU „mehr mitmischen“ können.

„Wir brauchen mehr europäische Demokratie und eine aktive Zivilgesellschaft“, forderte auch Rasmus Andresen (Grüne). Er verlangte zudem klare Regeln für mehr Datenschutz und eine Digitalsteuer. Einen „für mich neuen

und bislang unvorstellbaren Tiefpunkt im politischen Europa“ beklagte Stephan Holowaty (FDP) mit Blick auf die europäische Urheberrechtsreform. Mehr als fünf Millionen Unterschriften und mehr als 200.000 Demonstranten hätten sich für „die Freiheit“ im gemeinsamen Europa ausgesprochen. Das Europaparlament habe diesen Protest nicht nur ignoriert, sondern sei mit Andersdenkenden umgegangen, dass es ihm „wirklich Angst macht“, so Holowaty.

Weniger EU, weniger Migration und mehr Nationalstaat forderte Jörg Nobis (AfD). Er hielt den anderen Fraktionen „die Abschaffung von Deutschland“ und eine „Gleichschaltung“ aller Staaten vor. Die AfD lehne eine „Europäische Union als Superstaat“ klar ab. Jette Waldinger-Thiering (SSW) erklärte, nationalistische Tendenzen in Europa hätten die Situation von Minderheiten zunehmend verschlechtert. Dagegen gelte es „neue Bündnisse“ zu schmieden.

Landtag fordert erneut EU-Kommissar für Minderheiten

Wenn nach der Europawahl im Mai die neue EU-Kommission gebildet wird, dann soll ein Kommissar auch für nationale und kulturelle Minderheiten zuständig sein. Der Landtag erneuerte im März diese Forderung. Bereits zur letzten EU-Wahl 2014 hatte sich das Parlament dafür eingesetzt – vergeblich, denn die EU-Kommission hält sich bei diesem Thema für nicht zuständig.

„Jeder siebte EU-Bürger“ sei Teil einer Minderheit, merkte Rasmus Andresen (Grüne) an. Es gebe in dem Staatenbündnis mehr als 60 Regional- und Minderheitensprachen. „Wir haben es in Europa mit einem alarmierenden Anstieg von Diskriminierung, sozialer Ausgrenzung und Hasskriminalität zu tun“, mahnte Birte Pauls (SPD). Das gelte insbesondere für die Sinti und Roma. Kay Richert (FDP) wies

darauf hin, dass derzeit drei Kommissare für Grundrechte, Migration und Kultur zuständig seien. Es fehle eine konkrete „Ansprechperson“. Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) kündigte an, bei Bund und EU für einen Minderheitenkommissar zu werben. Volker Schnurrbusch (AfD) forderte dagegen, diesen Bereich in nationaler Hand zu belassen: „Was kann die EU besser als die einzelnen Mitgliedsstaaten?“

Rückendeckung für Bürgerinitiative

Der Landtag unterstützte in der Debatte erneut die europaweite Bürgerinitiative für Minderheitenrechte „Minority Safepack“. Die Initiatoren, die unter anderem aus dem deutsch-dänischen Grenzraum, aus Katalonien, aus dem Baskenland und aus Südtirol kommen, haben mehr als eine Million Unterschriften gesammelt.

Dieser Erfolg zeige, dass es „weit über den direkt betroffenen Kreis der Minderheiten hinaus“ Unterstützung für das Anliegen gebe, so Peter Lehnert (CDU). Allerdings wies Brüssel das Ansinnen zurück, weil dieser Bereich nicht in die Kompetenz der EU falle. Gegen diese Auffassung haben die Initiatoren vor dem Europäischen Gerichtshof geklagt – und Recht bekommen. Mit diesem Richterspruch sei klar, so Jette Waldinger-Thiering (SSW), „dass sich die Kommission hier nicht aus der Affäre ziehen darf“.



Die Europäische Kommission in Brüssel: Nach Willen des Landtages soll sie sich auch um autochthone, also in ihrer Heimat seit Jahrhunderten verwurzelte Minderheiten kümmern.

Grenzpendler und die Tücken des Sozialrechts

Wer in Schleswig-Holstein wohnt und in Dänemark arbeitet, hat es wegen der unterschiedlichen Sozialsysteme nicht immer leicht. Auf Antrag von Jamaika, SPD und SSW forderte der Landtag Ende Januar Verbesserungen.

Schätzungen zufolge pendeln täglich rund 13.800 Menschen von Schleswig-Holstein nach Dänemark zur Arbeit, in der umgekehrten Richtung sind es etwa 650. Die Grenzgänger haben es mit Unterschieden im Steuer-, Versicherungs- und Arbeitsrecht zu tun. Zwei Beispiele: Ein Deutscher, der nördlich der Grenze beschäftigt ist, erwirbt dort keine

Rentenansprüche, weil die dänische Rente über Steuern finanziert wird und nicht über Beiträge. Ihm droht eine „Sozialversicherungsfalle“, mahnte Birte Pauls (SPD). Ein Däne wiederum, der die deutsche Riester-Rente nutzen möchte, muss Extra-Geld für die Übersetzung von Formularen auf den Tisch legen. Die Landespolitik will sich

in Berlin, Kopenhagen und Brüssel verstärkt dafür einsetzen, dass die entsprechenden Gesetze nachgebessert werden.

Ein weiteres Problem: Der Kontakt mit Behörden, der in Dänemark inzwischen vollständig übers Internet abläuft, sei „in breitbandlosen schleswig-holsteinischen Dörfern“ oft schwierig, so Jette Waldinger-Thiering (SSW). Hilfe bietet das „Infocenter Grenze/Grænse“ in Pattburg/Padborg, das von der Region Sønderjylland-Schleswig getragen wird. Europaministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) kündigte an, im kommenden Jahr mehr Geld für die Pendlerberatung in den Haushalt einzustellen. Der Europaausschuss berät das Thema weiter.

Mehrheit gegen Grenzkontrollen

Ein weiteres Thema der Debatte: Eine Mehrheit im Landtag appellierte an das Nachbarland, die vor drei Jahren eingeführten Grenzkontrollen wieder abzuschaffen und auf den Wildschweinzaun entlang der Festlandsgrenze zu verzichten. Kay Richert (FDP) warnte jedoch vor „einem arroganten Ton“ gegenüber der dänischen Seite. Das trage nicht zur Entspannung bei. Claus Schaffer (AfD) bezeichnete die Kontrollen als „notwendig“ angesichts von „Kriminalität und Terrorgefahr“.



Die deutsch-dänische Grenze trennt auch zwei sehr unterschiedliche Sozialsysteme.

Österreicher gedenken der Schlacht von Oeversee

Eine Delegation aus der Steiermark hat Anfang Februar mit Vertretern von Landtag und Landesregierung an die Oeversee-Schlacht vor 155 Jahren erinnert. Die österreichischen und schleswig-holsteinischen Landespolitiker waren unter den 450 Menschen, die den traditionellen Gedenkmarsch von Flensburg nach Oeversee liefen.

Die Schlacht von 1864 zählt zu den blutigsten Gefechten im Deutsch-Dänischen Krieg. Zeitgenössische Berichte sprechen von insgesamt 135 Toten und 450 Verletzten. Damals kämpften zwei steirische Regimenter an der Seite Preußens gegen die Dänen. Alle fünf Jahre reisen Abgeordnete aus der Steiermark zu den Gedenkveranstaltungen an. Der Oeversee-Marsch führt jedes Jahr am 6. Februar über rund acht Kilometer von Flensburg zum Schlachtfeld im Kreis

Schleswig-Flensburg. Der Traditionsmarsch hat ein historisches Vorbild: Der Überlieferung nach zogen Bürger der Fördestadt nach dem Gefecht los, um die Verwundeten zu pflegen und die Toten zu bergen. An die beispielhafte Hilfsbereitschaft der Flensburger erinnerte die steirische Landtagspräsidentin Bettina Vollath in ihrer Ansprache am „Österreicher-Denkmal“, das auf einem Hügel in Oeversee steht. Und sie betonte: „Wir dürfen unser Ziel, Frieden in Europa

dauerhaft zu bewahren, nicht aus den Augen verlieren und müssen dafür sorgen, dass es nicht Nationalismen zum Opfer fällt.“



Kranzniederlegung in Oeversee: der schleswig-holsteinische Abgeordnete Johannes Callsen (CDU, li.) mit dem steirischen Landtagsdirektor Maximilian Weiss (2. v. li.) und der steirischen Landtagspräsidentin Bettina Vollath (3. v. li.).

Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird.
Hier stehen Texte in Leichter Sprache.

Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen. Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

Zeugnis mit Noten und Zeugnis mit Bericht

Jugendliche mit Lern-Schwierigkeiten gehen oft auf die selbe Schule wie Jugendliche ohne Lern-Schwierigkeiten. Am Ende vom Schul-Jahr erhalten alle Jugendlichen ein Zeugnis.

Die Schüler mit Lern-Schwierigkeiten erhalten ein Zeugnis mit einem Bericht über ihre Leistungen. Die anderen bekommen ein Zeugnis mit Noten. Darin steht ob sie in einem Schul-Fach sehr gut waren und deswegen eine 1 bekommen. Oder ob ihre Leistungen ausreichend waren. Dann bekommen sie eine 4.

Die Parteien SPD, SSW und AfD im Land-Tag finden das ungerecht. Sie fordern: Auch Kinder mit Lern-Schwierigkeiten müssen ein Zeugnis mit Noten bekommen.

Martin Habersaat von der SPD sagt: Es kann passieren dass fast alle Schüler in der Klasse ein Noten-Zeugnis bekommen. Nur einer bekommt einen Text ohne Noten. Das ist ungerecht. Denn dieser Schüler wird ausgegrenzt. Das ist schlecht für die Inklusion.

Frank Brodehl von der AfD sagt: Noten sind klar und ehrlich. Der Schüler sieht wie gut er ist und was er kann. Er kann sich vergleichen mit den anderen Schülern in der Klasse.

Ines Strehlau von den Grünen sieht das ganz anders. Sie sagt: Der Bericht ist viel besser als das Noten-Zeugnis. Denn der Bericht ist genauer.

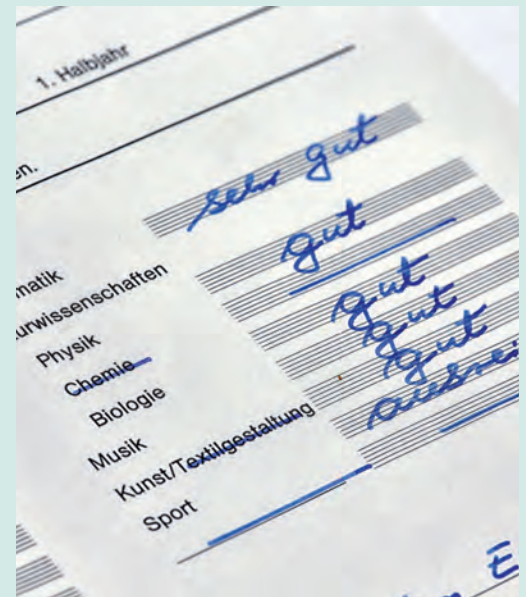
Karin Prien ist die Ministerin für Bildung. Sie sagt: Einige Schüler rechnen mit Zahlen bis 10. Andere Schüler in der selben Klasse rechnen bis 100 und noch andere rechnen bis 1.000. Das ist so unterschiedlich, dafür kann man nicht die gleichen Noten geben. Deswegen hat die Landes-Regierung die Noten für Schüler mit Lern-Schwierigkeiten abgeschafft.

Im Landtag sprechen nun die Abgeordneten im Bildungs-Ausschuss noch einmal über die Noten und die Berichte. Sie wollen auch Lehrer und Schüler und Verbände von Menschen mit Behinderung fragen was sie dazu denken.

Erklärungen:

Inklusion: Jeder Mensch soll selbst-bestimmt am Leben teilnehmen. Das heißt: Jeder soll so leben können, wie er möchte. Auch, wenn man eine Behinderung hat. Die Gesellschaft soll helfen dass einem trotzdem nichts im Weg steht. Wenn man das versucht nennt man das Inklusion.

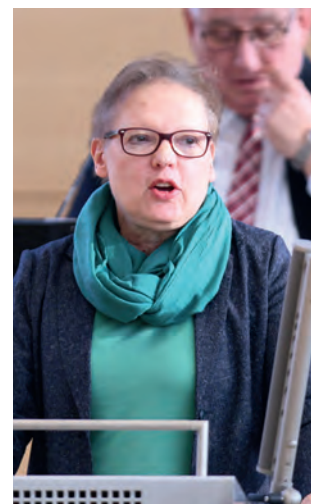
Bildungs-Ausschuss: Die Leute im Land-Tag heißen Abgeordnete. In einem Ausschuss kümmern sich elf Abgeordnete um eine Sache. Zum Beispiel um die Bildung oder die Umwelt oder um Sozial-Politik.



Ein Zeugnis mit Noten



Martin Habersaat von der SPD



Ines Strehlau von den Grünen

Hauke Göttsch ist seit Mitte Januar Vorsitzender des Petitionsausschusses. Der CDU-Abgeordnete trat die Nachfolge von Doris von Sayn-Wittgenstein an, die Anfang Dezember von der AfD-Fraktion ausgeschlossen worden war.



Demzufolge verlor sie auch ihren Sitz sowie den Vorsitz im Ausschuss. Der Vorsitz ging an die CDU, nachdem die AfD auf den

Posten verzichtet hatte. Neuer Vertreter der AfD im Petitionsausschuss ist **Frank Brodehl**. Nachfolger Sayn-Wittgensteins im Parlamentarischen Kontrollgremium für den Verfassungsschutz ist **Claus Schaffer**.

Markus Stratmann leitet seit Januar das Referat Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement im Landtag. Der 45-jährige Jurist hat zuvor als Hörfunkjournalist



Heiko Voß, in der Landtagsverwaltung für die Vorbereitung der Plenarsitzungen zuständig, wurde Mitte März zum hauptamtlichen Bürgermeister der Gemeinde

Laboe an der Kieler Förde gewählt. Den neuen Posten tritt er zum 1. Juni an. Die Kollegen sagen: Herzlichen Glückwunsch!



für den NDR gearbeitet und wurde unter anderem mit dem Kurt-Magnus-Preis der ARD ausgezeichnet.

Ulf Hellmann-Sieg, Rechtsanwalt aus Hamburg, wurde Mitte März zum stellvertretenden Mitglied des Landesverfassungsgerichts gewählt. Er vertritt

bei Bedarf die Richterin Nele Matz-Lück.



Udo Philipp ist seit 1. März Staatssekretär im Finanzministerium. Der 55-jährige Volkswirt trat die Nachfolge von Philipp Nimmermann an, der nach fünf Jahren in Kiel



Staatssekretär im hessischen Wirtschaftsministerium geworden ist.

Nachrufe

Trauer um Rosemarie Fleck und Hans-Jürgen Wolter

Der Landtag hat zweier verstorbener ehemaliger Abgeordneter gedacht.



Die einstige SPD-Abgeordnete Rosemarie Fleck ist am 13. Januar im Alter von 97 Jahren verstorben. Landtagspräsident Klaus Schlie würdigte sie als „selbstbewusste, kämpferische Parlamentarierin“. Sie gehörte dem Landtag von 1967 bis 1975 an. Ihre Erfahrungen hat die in Halle an der Saale geborene Wirtschaftswissenschaftlerin in dem Buch „Die Frau Abgeordnete hat das Wort“ verarbeitet.

Am 25. Februar, einen Tag vor seinem 78. Geburtstag, ist Hans-Jürgen Wolter verstorben. Der Rechtsanwalt aus Lübeck gehörte der SPD-Fraktion von 1975 bis 1983 an. Das Streben, die Gesellschaft „toleranter und gerechter“ zu gestalten, habe nicht nur Hans-Jürgen Wolters Wirken im Landtag geprägt, betonte Parlamentspräsident Schlie, sondern auch sein Engagement für die Resozialisierung von Straftätern und für den Schwulen- und Lesbenverband.



Trauer um Joachim Köhler



Die Mitarbeiter der Öffentlichkeitsarbeit des Landtages trauern um ihren langjährigen Chef Joachim Köhler, der am 10. Februar im Alter von 71 Jahren verstorben ist. Zu seiner damaligen Abteilung „Pressestelle, Öffentlichkeitsarbeit und Europaangelegenheiten“ gehörte auch die Landtagszeitschrift.

Runde Geburtstage

Berend Harms aus Heede (Kreis Pinneberg), von 1971 bis 1987 für die SPD im Landtag, hat am 27. März seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Ulf von Hielmcrone aus Husum, von 1996 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 2. Januar seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Ursula Kähler aus Wittenberger Pampau (Kreis Plön), von 1987 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 21. Januar ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Jürgen Feddersen von der Insel Pellworm, von 2000 bis 2009 für die CDU im Landtag, hat am 19. März seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Hans Müller aus Lübeck, von 2005 bis 2012 für die SPD im Landtag, hat am 4. Januar seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Günther Hildebrand aus Ellerbek (Kreis Pinneberg), von 2000 bis 2012 für die FDP im Landtag, hat am 16. März seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Jutta Schumann aus Mühbrook bei Neumünster, von 2000 bis 2009 für die SPD im Landtag, hat am 24. März ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Der Landtag freut sich auf viele Gäste!

Am Sonntag, den 16. Juni, lädt der Landtag wieder zum Tag der offenen Tür ins Landeshaus.

Die Gäste erwartet ein buntes Programm aus Information und Unterhaltung unter dem Motto „**Offenes Haus – Offene Demokratie**“. Zuletzt hatte das Landesparlament im Juli 2015 seine Pforten geöffnet. Rund 15.000 Besucher kamen ins Haus an der Förde. Traditionell veranstaltet der Landtag einmal in jeder Wahlperiode einen Tag der offenen Tür. Die Abgeordneten sowie die Mitarbeiter des Landtages und der Fraktionen freuen sich auch diesmal wieder auf zahlreichen Besuch.



Rückblick 2015: Besucher nehmen auf den Plätzen der Abgeordneten Platz und verfolgen die Diskussionen im Plenarsaal.

Einige Programmpunkte:

- Im Plenarsaal kommen Abgeordnete und Bürger ins Gespräch – bei Podiumsdiskussionen oder ganz persönlich.
- Eine Kunstaussstellung im ersten Stock thematisiert das 70. Jubiläum des Grundgesetzes (siehe S. 32).
- Comic-Zeichner und Karikaturisten treten bei einer „Comic-Battle“ in den Wettbewerb.
- Bei einem „Demokratie-Song-Contest“ werden eigens komponierte Lieder auf einer Freilichtbühne präsentiert. Wer teilnehmen möchte: Mehr Infos gibt es unter landtag.ltsh.de/song-contest
- Der Wissenschaftliche Dienst des Landtages lädt zu einem Hausrundgang, um den „Weg eines Gesetzes“ zu verfolgen.
- Junge Gäste können bei einer „interaktiven Rallye“ auf Schnitzeljagd gehen.
- Lesungen und Gesprächsrunden vertiefen politische Themen.
- Die Stenografen des Landtages geben Tipps zur Kurzschrift.
- Auf Ratefreunde warten verschiedene Politik-Quiz mit interessanten Preisen.
- Auf der Rasenfläche vor dem Landeshaus gibt es ein vielfältiges Spieleangebot mit Kletterwand, Hüpfburg, Bungee-Run und Bücherbus. Fußballfreunde erwartet ein XXL-Kicker.
- Erstmals wird „Haus B“ präsentiert, die ehemalige Admiralsvilla neben dem Landeshaus. Hier tagen der Ältestenrat und das Kabinett.
- Die Landtagskantine bereitet Spezialitäten vor, im dritten Stock gibt es Kaffee und Kuchen mit Ausblick auf die Kieler Förde, und im Außenbereich werden Burger, Fischbrötchen, Smoothies und Kaffeespezialitäten angeboten.



Rückblick 2015: Gäste im Büro von Landtagspräsident Klaus Schlie



Rückblick 2015: Spiel und Spaß vor dem Landeshaus



TAG DER OFFENEN TÜR

Offenes Haus – Offene Demokratie
Sonntag, 16. Juni 2019, 10 bis 18 Uhr



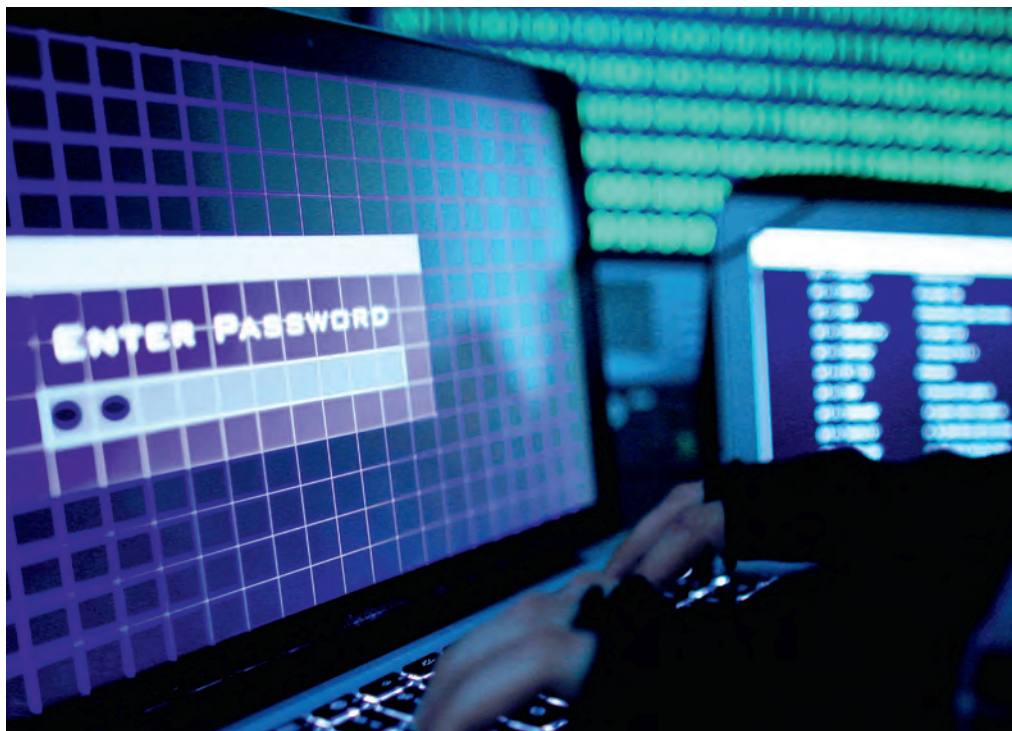
Im Netz lauert der Datenklau

Anfang des Jahres hatte ein Hacker massenhaft private Handynummern, Chat-Verläufe und Fotos von rund 1.000 Politikern, Prominenten und Journalisten veröffentlicht, darunter auch Spitzenpolitiker aus Schleswig-Holstein. Tatverdächtig ist ein 20-jähriger aus Hessen. Das Thema Cybersicherheit steht seitdem im Fokus.

Die schleswig-holsteinische Landesverwaltung sei derzeit gegenüber der Gefahr aus dem Internet „gut aufgestellt“, betonte Digitalisierungsminister

Jan Philipp Albrecht (Grüne) im Januar in einem Regierungsbericht. Privatpersonen, Kommunen und Firmen müssten das Thema aber ernster nehmen, mahnten Abgeordnete aller Fraktionen.

Christopher Vogt (FDP): „Nach Angaben des Hasso-Plattner-Instituts war das beliebteste Passwort der Deutschen im Jahr 2018 die beeindruckende Kombination von 123456, gefolgt von 12345. Da, muss ich sagen, gibt es noch Luft nach oben bei der Kreativität.“



Passwörter für Computer, Mailkonten oder den Auftritt in sozialen Netzwerken sollten eine Hürde für Hacker darstellen. Experten empfehlen: Für verschiedene Konten sollte man jeweils ein eigenes Passwort verwenden, das aus mindestens acht Zeichen besteht. Dabei sollten große und kleine Buchstaben, Zahlen und Sonderzeichen verwendet werden, jedoch keine Namen von Familienmitgliedern.

„Istanbul-Konvention“ soll Frauen vor Gewalt schützen

Seit Februar 2018 gilt auch in Deutschland die „Istanbul-Konvention“ des Europarats zum Schutz von Frauen. Das Abkommen verurteilt psychische, körperliche und sexuelle Gewalt sowie Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, erzwungene Abtreibung, Sterilisation, Nachstellung (Stalking) und sexuelle Belästigung. Mit der Unterzeichnung verpflichteten sich die Staaten zu Prävention, Schutz und Strafverfolgung.

Um dieses „völkerrechtlich bindende Instrument“ mit Leben zu füllen, forderte der

Landtag im Januar ein Maßnahmenpaket von der Landesregierung. Jamaika, SPD und SSW sprachen sich gemeinsam für 30 zusätzliche Frauenhausplätze im Lande aus. Außerdem soll das Thema in Kitas, Schulen und Familienbildungsstätten in den Fokus rücken. Justizministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) sagte Investitionen von 6,3 Millionen Euro für die Frauenhäuser zu und kündigte einen Zuschuss von 4,2 Millionen Euro für das Projekt „Frauen_Wohnen“ an. Dort wird Frauen nach einem Aufenthalt im Frauenhaus

Stefan Weber (SPD): „Missbräuchliche Eingriffe, zum Beispiel in die Energieinfrastruktur, sind eine Bedrohung. Bei kleinen Stadtwerken ist der Schutz oft verbesserungswürdig. 2015 gelang es einer Hackergruppe, das Stromnetz in Teilen der Ukraine lahmzulegen.“

Lukas Kilian (CDU): „Wenn Sie online einen Tisch in einem Restaurant reservieren wollen, dann müssen Sie bei den gängigen Anbietern neben Ihrer E-Mail-Adresse noch Ihre Telefonnummer, Ihren vollständigen Namen und gegebenenfalls weitere Daten angeben. Es ist mir vollkommen unerklärlich, warum in der heutigen Zeit alle diese Daten benötigt werden.“

Rasmus Andresen (Grüne): „Die digitale Kommunikation mit öffentlichen Behörden sollte grundsätzlich verschlüsselt erfolgen. Wir sollten uns davon lösen, von großen Softwarekonzernen abhängig zu sein.“

Claus Schaffer (AfD): „Im Frühjahr 2016 wurden mehr als 2.000 Personendaten, darunter Namen und Anschriften von AfD-Mitgliedern durch einen Cyber-Angriff erlangt und anschließend auf einem linksextremen Internetportal veröffentlicht. In der Folge kam es bundesweit zu linksextremistischen Gewalttaten und zu Sachbeschädigungen an Häusern und Fahrzeugen von AfD-Mitgliedern.“

Lars Harms (SSW): „In Dänemark kann sich jeder Bürger überall auf der Welt digital mit der für ihn zuständigen Behörde in Verbindung setzen. Auch die Steuererklärung online ist dort nur ein Klacks. Man hat dort schon lange an der Sicherheit der Systeme gearbeitet und ist uns deshalb auch etwas voraus.“

geholfen, eine neue Bleibe zu finden.

Aminata Touré (Grüne) kritisierte in der Debatte, dass die Bundesrepublik Artikel 59 der Konvention noch nicht unterzeichnet hat. Dieser sichert geflüchteten Frauen ein eigenes Aufenthaltsrecht zu, wenn sie sich von ihrem Ehemann trennen – etwa, weil der Mann gewalttätig ist. Berlin argumentiert, dies sei bereits gesetzlich geregelt. Der Schutz der Konvention müsse „für alle Frauen jeglicher Herkunft“ gelten, hielt Touré dagegen.

Schwänzen fürs Klima? Streit um Schüler-Demos

Seit Monaten gehen schleswig-holsteinische Schüler freitags auf die Straße, um für Klimaschutz zu demonstrieren – während der Unterrichtszeit. Sie sind Teil der europaweiten Bewegung „Fridays for Future“. Ist das ein positiver Beitrag zur öffentlichen Debatte und „gelebte politische Bildung“, wie SPD und SSW finden? Oder ist es schlichtweg Schwänzen? Hierüber gingen die Meinungen im Februar weit auseinander.

„Wir wollen politische junge Menschen auch innerhalb der Schulzeit“, erklärte Martin Habersaat (SPD). Jette Waldinger-Thiering (SSW) lobte die „couragierte Jugend“, die einfordere, „was eine Selbstverständlichkeit sein sollte“: ein intaktes Klima.

Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben fand, der „zivile Ungehorsam“ der Schüler schaffe Aufmerksamkeit, und „nur so verändert sich die Welt.“ Die Debatte um die Rechtmäßigkeit des Schulstreiks sei hilfreich, merkte von Kalben an: „Wenn es erlaubt wäre, würde es verpuffen.“ Anita Klahn (FDP) appellierte an die streikenden Jugendlichen: „Schwänzt nicht die Schule! Werdet Ingenieure, Wissenschaftler, Techniker und Tüftler, damit ihr bessere Technologien entwickeln könnt, um effektiv gegen die Klimaherausforderung anzugehen.“



Seit Ende vergangenen Jahres stehen am Freitag regelmäßig Schüler vor dem Landeshaus, um für den Klimaschutz zu demonstrieren.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) fand es zwar „klasse“, dass Schüler sich „für unser aller Zukunft“ einsetzten. Aber: „Die Schulpflicht besteht auch freitags.“ Die Demo-teilnahme könne zwar „einmalig und ausnahmsweise“ Teil des Unterrichts sein. Wer aber wiederholt der Schule fernbleibe, „wird die Konsequenzen tragen und aushalten müssen“. „Schulpflicht bleibt Schulpflicht“, unterstrich Tobias Loose (CDU). Die Strafen

für Schüler müssten aber „verhältnismäßig“ sein: „Niemand sollte wegen ein paar Besuchen von Demonstrationen am Ende von der Schule fliegen.“

Frank Brodehl (AfD) argwöhnte, die Mehrheit im Landtag begrüße die Demos nur, weil dort „links-grüne Klimapositionen“ vertreten würden. Damit werde das „Neutralitätsgebot“ des Staates verletzt und ein „Meilenstein auf dem Weg in den Gesinnungsstaat“ errichtet.

Cannabis: zunächst keine Freigabe

Der Landtag ist uneins, ob Cannabis unter strenger Kontrolle legalisiert werden sollte. Auch innerhalb der Jamaika-Koalition gab es in der Februar-Tagung unterschiedliche Ansichten.

Während CDU und AfD den legalen Verkauf der Droge ablehnten, forderten alle anderen Fraktionen einen liberalen Kurs. Der SSW hatte die Debatte angestoßen und ein Cannabis-Modellprojekt im Lande angeregt. Dazu wird es zunächst aber nicht kommen. Jamaika will stattdessen prüfen, ob so ein Modellversuch überhaupt rechtlich möglich ist. Grüne und FDP schwenkten mit Rücksicht auf den christdemokratischen Koalitionspartner auf diese Linie ein. Er wolle weder „den Absatz von Cannabis ankurbeln, noch Menschen zum Kiffen verleiten“, betonte Flemming Meyer (SSW).

Es gehe vielmehr um den Schutz der Konsumenten vor unreinen Produkten, um Prävention und um Aufklärung. Die bisherige Drogenpolitik mit Kriminalisierung und Strafverfolgung sei „längst gescheitert“, konstatierte Meyer. Ähnlich äußerten sich SPD, Grüne und FDP.

Das sah Andrea Tschacher (CDU) anders: Cannabis sei „kein harmloser Konsumartikel“, sondern ein Einstieg in härtere Drogen. „Die Legalisierung von Cannabis würde den Konsum bei Jugendlichen erleichtern“, merkte sie an. Die Folge könnte ein Anstieg psychischer Erkrankungen sein.

Sozialminister Heiner Garg (FDP) appellierte an CDU und SPD im Bund, Modellversuche in den Ländern zu ermöglichen. Die Landesregierung habe 2017 im Bundesrat eine Initiative für eine wissenschaftlich begleitete Cannabisabgabe unterstützt, sagte Garg. Das fand aber keine Mehrheit.



In mehreren US-Bundesstaaten ist Cannabis frei erhältlich, teilweise müssen sich die Nutzer registrieren lassen. Das Bild zeigt die Fassade einer Apotheke im Staat Oregon.

Mehr Frauen in den Landtag?

Der Weg bleibt umstritten



Anlässlich des Weltfrauentages trafen sich Abgeordnete mit besonderen Funktionen zum Foto-termin: (v. li.) Birgit Herdejürgen, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD; Anita Klahn, stellv. FDP-Fraktionsvorsitzende; Birte Pauls, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende; Eka von Kalben, Grünen-Fraktionsvorsitzende; Annabell Krämer (FDP), Landtagsvizepräsidentin; Katja Rathje-Hoffmann, stellv. CDU-Fraktionsvorsitzende; Kirsten Eickhoff-Weber (SPD), Landtagsvizepräsidentin; Jette Waldinger-Thiering, stellv. Vorsitzende des SSW im Landtag; Serpil Midyatli, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende

Zwei Stunden lang debattierte der Landtag am 8. März, dem Weltfrauentag, über Geschlechterparität in den Parlamenten. Derzeit sitzen lediglich 23 Frauen unter den 73 Abgeordneten im Kieler Plenarsaal. Dieser Anteil von 31,5 Prozent sei zu niedrig, finden die meisten Abgeordneten. Wie Gleichstellung erreicht werden kann, blieb allerdings offen.

Die Sozialdemokraten fordern eine Bundesratsinitiative, um die Parität gesetzlich zu verankern. Eine Grundgesetzänderung sei „der sauberste Weg“, so der Abgeordnete Thomas Rother. Zwar stehe die Gleichberechtigung von Mann und Frau bereits in der Verfassung, es gebe aber eine „offenkundig strukturell bedingte Benachteiligung von Frauen“ in der Gesellschaft.

Die Modelle: Brandenburg, Tandem, Frankreich

Im Gespräch ist ein vorgeschriebener Frauenanteil von 50 Prozent auf den Landeslisten. Diese Regelung hat der Brandenburger Landtag Anfang des Jahres beschlossen. Sie soll aber erst ab Juli 2020 gelten. Ein weiterer Vorschlag: Die Parteien könnten in den Wahlkreisen jeweils einen Mann und eine Frau nominieren. Dieses sogenannte Tandem-Modell hatte Gleichstellungsministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) im Januar vorgeschlagen. „Ich bin für alles zu haben, was die Chancengleichheit der Geschlechter

erhöht“, betonte die Ministerin: „Ich bin aber nicht für Lösungen zu gewinnen, die einer Quote nahekommen.“

Aminata Touré (Grüne) stellte sich hinter die SPD-Initiative. Der Frauenanteil in Landtag und Bundestag sei „ein Armutszeugnis für ein sich selbst progressiv nennendes Land wie Deutschland“. Frankreich steht mit



„Wir stellen fest: 100 Jahre nach dem Frauenwahlrecht passiert hier freiwillig gar nichts. 1947 wurde das erste schleswig-holsteinische Parlament gewählt, zwei Frauen waren in der CDU-Fraktion. 2019 sind es vier Frauen.“

Serpil Midyatli, SPD

39 Prozent Frauen in der Nationalversammlung besser da. Dort drohen Einbußen bei der Wahlkampfkostenerstattung für Parteien, die nicht ebenso viele Frauen wie Männer aufstellen. Einen Frauenanteil von mehr als 40 Prozent haben die Parlamente in Schweden, Finnland, Belgien und Spanien.

„Nicht das Wahlergebnis vorherbestimmen“

Claus Christian Claussen (CDU) verwies dagegen auf das Prinzip der allgemeinen, freien und gleichen Wahl. Damit seien „alle Regelungen unvereinbar, die das Ergebnis der Wahl von vornherein in irgendeiner Art und Weise festlegen“. Diese Position vertreten auch die Parlamentsjuristen im Kieler Landtag. Christopher Vogt (FDP) sah das ähnlich: „Unser Wahlrecht sollte vor allem regeln, wie und nicht wer gewählt wird.“ Stattdessen müssten die Parteien attraktivere Rahmenbedingungen bieten, etwa familienfreundliche Uhrzeiten für Sitzungen. „Freiwillige Selbstverpflichtungen“ sind auch das Rezept von Lars Harms (SSW). Seine Partei habe mit 50,06 Prozent „von allen Parteien in der Bundesrepublik den größten Frauenanteil“.

Claus Schaffer (AfD) nannte den SPD-Vorstoß ein „Anlegen der Axt an die Demokratie“. Eine Wahl mit einer vorgegebenen Geschlechterparität sei „keine freie Wahl“. In den Ausschüssen für Innen und Recht sowie Soziales geht die Diskussion nun weiter.



„Der unbefriedigende Zustand, dass in der CDU-Fraktion lediglich vier Frauen in dieser Wahlperiode vertreten sind, bedeutet noch lange nicht, dass in der CDU irgendeine Diskriminierung von Frauen stattfindet. Unterrepräsentanz ist keine Diskriminierung.“

Tobias Koch, CDU

Kita-Reform: Jamaika will den „großen Wurf“

Die Zeiten, in denen Eltern bis zu 800 Euro für einen Kindergartenplatz zahlen müssen, sollen im kommenden Jahr vorbei sein. Das ist ein Kernpunkt der Kita-Reform, die Sozialminister Heiner Garg (FDP) Ende März in einer Regierungserklärung vorstellte. Aus der Opposition kamen skeptische Reaktionen.

Einige Eckpunkte: Eltern sollen ab Sommer 2020 für einen Ganztags-Krippenplatz maximal 288 Euro im Monat zahlen und für die Ganztags-Kita höchstens 233 Euro, so Garg. Für fünf Stunden Betreuung sind für Unter-Dreijährige 180 Euro und für ältere Kinder 145 Euro vorgesehen. Es soll keine regionalen Unterschiede und keine Unterschiede zwischen verschiedenen Trägern mehr geben.

Weiterhin sollen in Schleswig-Holsteins 1.780 Kindergärten landesweit einheitliche Qualitätsstandards gelten. Der Betreuungsschlüssel werde von 1,5 auf zwei Fachkräfte pro Gruppe erhöht und die Gruppengröße von bisher maximal 25 auf 22 Kinder gesenkt, kündigte der Minister an. Wer sein Kind ab dem ersten Geburtstag ganztägig betreuen lasse, werde im Durchschnitt um 2.000 Euro entlastet, unterstrich Garg. Insgesamt sollen bis 2022 rund eine Milliarde Euro in den Kita-Bereich fließen. Der Landes- und Bundesanteil werde mehr als verdoppelt auf 568 Millionen.

Beitragsfreiheit bleibt Zankapfel

„Das System bleibt weiter intransparent“, monierte Serpil Midyatli (SPD). Sie forderte mehr Ferien-Betreuung, mehr Kita-Plätze und erneuerte die SPD-Forderung nach einer generellen Beitragsfreiheit. Sie verwies



auf entsprechende Pläne in Mecklenburg-Vorpommern und blickte nach Hamburg, wo die ersten fünf Stunden eines Kita-Tages beitragsfrei seien. Das würde weitere 250 Millionen Euro kosten, entgegnete Minister Garg. Beitragsfreiheit sei zwar wünschenswert, aber derzeit nicht finanzierbar, hieß es bei CDU, Grünen und FDP.

Dennoch halte Jamaika am Ziel fest, Schleswig-Holstein zum „familienfreundlichsten Bundesland“ zu machen, betonte FDP-Fraktionschef Christopher Vogt. Die Kita-Reform sei „ein großer Wurf für die Kleinstern“. Auch für die Kommunen sei die Reform „ein echter Gewinn“, merkte der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch an. Der prozentuale Anteil von Städten und Gemeinden sinke von deutlich über 50 Prozent auf 46 Prozent. Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben machte auf das Problem Fachkräftemangel aufmerksam.

Hier müsse das Land „in Vorleistung“ gehen. „Wenn die Ausstattung besser und die Belastung niedriger ist, entscheiden sich auch mehr Menschen für diesen Beruf und bleiben länger.“

Claus Schaffer (AfD) kritisierte zu viel „staatlichen Einfluss“ auf Kinder in Kitas und forderte, die „Eigenverantwortung der Familien“ zu stärken. Alle demokratischen Parteien seien sich einig, die frühkindliche Bildung auszubauen, konterte Flemming Meyer (SSW). In der Kita würden soziale Kompetenzen und emotionale Bindungen geprägt.

Im September will die Landesregierung das Reformgesetz in den Landtag einbringen, zum Start des Kita-Jahres am 1. August 2020 soll die Neuregelung in Kraft treten.

Kontroverse um Abschiebehaft

Zum kommenden Jahr richtet das Land in Glückstadt eine Abschiebehaftanstalt für abgelehnte Asylbewerber ein. Die Einrichtung soll 60 Plätze bieten. Schleswig-Holstein betreibt die Anstalt gemeinsam mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Ende März schuf Jamaika den gesetzlichen Rahmen hierfür – begleitet von Protesten aus der Opposition und Bedenken in den eigenen Reihen.

„Die Erfahrungen von Ausländerbehörden bundesweit zeigen, dass die Instrumente der Abschiebung und der Abschiebungshaft notwendig sind“, sagte Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU). Die Haft solle aber immer das letzte Mittel bleiben. Trotz Zustimmung nannte Eka von Kalben (Grüne) das Gesetz die „bitterste Jamaika-Pille“, die

ihre Fraktion habe schlucken müssen. Doch wenn der Bund die Inhaftierung erlaube, sei es besser die Gestaltung selbst in die Hand zu nehmen.

Serpil Midyatli (SPD) störte sich vor allem an der Möglichkeit, auch Kinder und Jugendliche in Haft zu nehmen. Und Lars Harms (SSW) merkte an: „Menschen, die nichts verbochen haben, gehören nicht in Haft.“ Diese Kritik teilt der Flüchtlingsbeauftragte Stefan Schmidt: „Ausreisepflichtige geflüchtete Menschen sind in der Regel keine Straftäter. Es ist völlig unverhältnismäßig, ihnen mitunter für Monate die Freiheit zu entziehen.“

Urlauber statt Mieter: Schüren Buchungsportale die Wohnungsnot?

Urlaub machen im Norden – das geht ganz traditionell in einem Hotel oder einer Pension. Oder aber in einem Privathaushalt, der freie Zimmer über Buchungsportale wie „Airbnb“ anbietet. Die Dienste der US-Firma liegen im Trend. Das Problem: Manche Vermieter drücken sich vor der Bettensteuer an die Gemeinde. Und: In Ballungszentren werden Wohnungen noch knapper.

Denn inzwischen inserieren nicht nur Familien und Wohngemeinschaften mit ungenutzten Räumen bei „Airbnb“. Ganze Wohnungen werden zu lukrativen

Ferienquartieren umgerüstet. Die SPD im Landtag fordert deswegen eine Registrierungspflicht für Anbieter, damit die Steuerverwaltung Bescheid weiß. Zudem sollen Kommunen die Möglichkeit erhalten, die Zweckentfremdung von Wohnraum einzudämmen. Jamaika sieht die Sache entspannter und will zunächst prüfen, ob schärfere Regeln überhaupt nötig sind.

Ende Februar tauschten sich der Wirtschafts- und der Finanzausschuss mit Experten aus. „Wir brauchen eine gesetzliche Registrierungspflicht“, forderte Stefan Scholtis, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes

(DEHOGA) in Schleswig-Holstein. Er verlangte Wettbewerbsgleichheit: „Wir regulären Anbieter von Ferienunterkünften und Hotelzimmern müssen uns an strenge Auflagen halten, was Hygiene, Brandschutz und Gesundheitsschutz angeht.“ Jochen Kiersch, Landesvorsitzender des Mieterbundes, sieht ebenfalls sofortigen Handlungsbedarf: „Bei diesem angespannten Wohnungsmarkt ist jede Wohnung, die nicht zur Verfügung steht, eine zu viel.“

Auf „Ruhe und Gelassenheit“ setzte dagegen Rainer Kersten, Geschäftsführer des Bundes der Steuerzahler: „Es ist alles geregelt. Wir können es uns leisten, zunächst die Nutzergewohnheiten im Land genauer zu beobachten.“ Tobias Heyer von „Airbnb“ unterstrich die Vorteile für Schleswig-Holstein: Viele Menschen könnten jetzt „einen Teil des touristischen Kuchens abbekommen“. Er räumte aber ein, dass sich nicht alle Nutzer über ihre Rechte und Pflichten im Klaren seien.

Beate Raudies (SPD) sah sich bestätigt: Das bestehende Regelwerk sei „nicht mehr ausreichend, um für Waffengleichheit zwischen den Anbietern zu sorgen“. Die FDP-Abgeordnete Annabell Krämer meinte dagegen, die Gemeinden hätten bereits jetzt alle Mittel, „um die Nutzung von Wohnraum in ihrem Sinne zu steuern“. Dies geschieht beispielsweise in Lübeck. Die Hansestadt verbietet ab 1. Oktober 130 Ferienwohnungen auf der Altstadtinsel.



Werbung für den Norden auf der „Grünen Woche“

Ende Januar machten die Mitglieder des Umwelt- und Agrarausschusses gemeinsam mit Landtagspräsident Klaus Schlie ihren traditionellen Rundgang durch die Messehallen der „Grünen Woche“ in Berlin. Ihr Interesse galt besonders den 70 Firmen, Organisationen und Vereinen aus Schleswig-Holstein, die dort ihre Angebote präsentierten. „Schleswig-Holstein zeigt sich mal wieder von seiner allerbesten Seite“, sagte Oliver Kumbartzky, Vorsitzender des Agrarausschusses. Und Landtagspräsident Schlie hob „zwei starke Säulen Schleswig-Holsteins“ hervor: „Landwirtschaft und Tourismus repräsentieren die hohe Qualität und Vielfalt unseres Landes.“



Philosophie ist häufig nicht im Angebot

Laut Artikel 7 des Grundgesetzes ist der Religionsunterricht „ordentliches Lehrfach“, und zwar „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften“. Für Schüler, die nicht am konfessionellen Unterricht teilnehmen möchten, sieht das schleswig-holsteinische Schulgesetz „gleichwertigen“ Ersatz vor, in Form von Philosophie. Allerdings bieten nur 314 der rund 800 Schulen im Lande dieses Fach an.

Das geht aus einer Kleinen Anfrage des SSW aus dem vergangenen Sommer hervor. Die Oppositionspartei forderte daraufhin „Religionsfreiheit“ an den Schulen und stieß eine umfangreiche Debatte im Bildungsausschuss an. Vertreter der Koalition wiesen darauf hin, dass es nicht genug Philosophielehrer gebe – und vielerorts auch kein großes Interesse an dem Fach. Die Richtzahl von mindestens zwölf Kindern pro Klasse werde oft nicht erreicht. Jamaika beschloss im März aber, Lehramtsstudenten verstärkt zu informieren und Schulleiter weiter für das Problem zu „sensibilisieren“. Das reichte dem SSW wiederum nicht aus: „Trotz klarer Vorgaben wird das Recht der Schüler auf Religionsfreiheit in der Praxis unterlaufen.“

Pro und Kontra auch bei den Fachleuten

Der Bildungsausschuss befragte auch Experten und Betroffene. Rainer Ponitka vom



Religion steht in der Regel auf dem Stundenplan. Die Alternative, der Philosophie-Unterricht, fällt hingegen oft aus.

„Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten“ findet, dass „ein Religionsunterricht, der die Glaubensaussagen einer bestimmten Religion als ‚bestehende Wahrheit‘ vermitteln soll“, nicht an öffentliche Schulen gehöre. Dagegen betont Claudia Bruweleit von der Evangelischen Nordkirche, dass der Religionsunterricht eine „aufgeklärte

religiöse Bildung“ sowie „Kenntnisse über andere Religionen“ vermitteln. Ralf Konersmann, Philosophie-Professor an der Uni Kiel, fordert, beide Fächer gleichberechtigt anzubieten, um jungen Menschen bei ihren „Orientierungsproblemen“ in einer komplexen Gesellschaft zu helfen.

Heimopfer: Akten sollen offengelegt werden

Der Landtag will die Aufklärung über Misshandlungen in Heimen und Kliniken weiter vorantreiben. Einstimmig forderte das Parlament im Januar Behörden, Kirchen und Pharmafirmen auf, alle Akten zu den Vorfällen in der Zeit von 1945 bis in die 1980er Jahre offenzulegen. Zudem müsse es besondere Unterstützung für Geschädigte geben, die aufgrund von Alter oder Krankheit auf Extra-Hilfe angewiesen sind.

Tausende Menschen wurden in deutschen Kinderheimen, psychiatrischen Kliniken und Behinderteneinrichtungen misshandelt – unter staatlicher und kirchlicher Obhut. Im Norden geschah dies beispielsweise in Schleswig und Glückstadt. „Wir sind tief betroffen

und erschüttert“, sagte der CDU-Abgeordnete Werner Kalinka, der auch Vorsitzender des Sozialausschusses ist, im Januar-Plenum.

Der Ausschuss hatte im vergangenen November gemeinsam mit dem Sozialministerium zu einem Symposium ins Landeshaus geladen und Betroffenen die Gelegenheit gegeben, öffentlich ihr Leid zu schildern (s. Ausgabe 4/2018). Opfer berichteten von Schlägen, Elektroschocks, Demütigungen und Experimenten mit hoch dosierten Beruhigungsmitteln.

Stiftung betont: keine komplizierten Formulare nötig

Nach Angaben der Beratungsstelle der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ in

Neumünster haben in den vergangenen zwei Jahren 735 Menschen einen Antrag auf Entschädigung gestellt. Bis Ende 2018 wurden mehr als vier Millionen Euro Entschädigung bewilligt. Die Stiftung weist darauf hin, dass keine komplizierten Formulare ausgefüllt oder Zeugen benannt werden müssten, um Unterstützungsleistungen zu erhalten. Diesen Vorwurf hatten Teilnehmer des Symposiums erhoben. „Bei uns ist die glaubhafte Schilderung ausreichend, während bei der Antragstellung auf Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz des Bundes eine hohe Nachweispflicht besteht“, betonen die Mitarbeiterinnen des Landesamts für soziale Dienste in Neumünster, wo die Beratungsstelle angesiedelt ist. Zudem wurde die Antragsfrist bis Ende 2020 verlängert.

E-Sport: Gemeinschaft und Spaß oder Gewalt und Sucht?

Computerspiele sind ein zentraler Bestandteil der Alltagskultur. Vor allem Kinder und Jugendliche begeistern sich für das „Zocken“ am Heimcomputer oder auf der Konsole. Mehr noch: Der Ausflug in die virtuelle Welt ist inzwischen ein Gemeinschaftserlebnis. Wettkämpfe im „elektronischen Sport“ (E-Sport) locken tausende Fans in die Hallen und finden Millionen Anhänger im Internet. Die Branche setzt in Deutschland nach eigenen Angaben jährlich 130 Millionen Euro um und ist damit größer als der Profihandball. Die Entwicklung birgt Herausforderungen für Politik, Sportverbände und Jugendschützer. Das wurde Mitte Januar bei einer ganztägigen Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss deutlich.

CDU, Grüne und FDP hatten im vergangenen September eine „feste gesellschaftliche Integration“ des E-Sport gefordert. Man mache sich auf den Weg, „das E-Sport-Land Schleswig-Holstein Wirklichkeit werden zu lassen“, so der FDP-Abgeordnete Jörg Hansen. Im Landeshaushalt 2019 sind 500.000 Euro für die E-Sport-Förderung veranschlagt. In Kiel soll im September das bundesweit erste vom Land geförderte „Landeszentrum für E-Sport und Digitalisierung“ entstehen. Auch die Opposition signalisierte grundsätzlichen Zuspruch. Im Ausschuss wurden aber auch kritische Töne angeschlagen.

Ist das eigentlich Sport?

„Nur weil da E-Sport draufsteht, ist das noch lange kein Sport“, betonte Manfred Konitzer-Haars, Hauptgeschäftsführer des Landessportverbandes. Ego-Shooter-Spiele, die auf eine „physische Vernichtung des Gegners“ abzielten, entsprächen „nicht dem Wertesystem des Sports“. Der SPD-Abgeordnete Kai Dolgner widersprach: Auch eine Sportart wie Biathlon habe ihren Ursprung im Schießen auf einen Gegner: „Früher hieß das Militärpatrouillenlauf.“ Claus Schaffer (AfD) merkte an: „Wer E-Games spielt, der will nicht töten, der will Punkte sammeln.“

Jana Möglich hat leistungsmäßig E-Sport betrieben, heute vertritt sie die „Initiative zur Förderung der Spielebranche in Schleswig-Holstein“. Sie unterstrich, dass beim gemeinsamen Computerspielen Teamgeist gefordert sei, ein klassischer sportlicher Wert: „Ich war mit Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und mit Behinderung gemeinsam aktiv.“ Der Grünen-Abgeordnete Rasmus Andresen rief die Verbände auf, sich der Entwicklung nicht

zu verschließen: „Nur wenn der organisierte Sport den E-Sport aufnimmt, kann er das Geschehen kontrollieren und in die richtigen Bahnen lenken.“ Demgegenüber verteidigte Daniel Illmer die Position des Deutschen Olympischen Sportbundes, E-Sport nicht als „eigenständige sportliche Aktivität“ anzuerkennen. Ein zentraler Kritikpunkt: Bei E-Spielen gebe es keine „Regelautonomie“. Die Regeln kämen nicht von den Spielern, „sondern von der Spiele-Industrie“, mahnte Illmer.

Wie steht's um den Jugendschutz?

Ria Lissinna von der „Aktion Kinder- und Jugendschutz“ zählte die negativen Folgen auf: „Suchtverhalten, problematische

Wege der Konfliktlösung und ein problematisches Gesellschaftsbild.“ Auf eine Gesetzeslücke wies Matthias Hoffmann vom Kinderschutzbund hin. Das Mindestalter auf der Spiele-Verpackung beziehe sich nur auf die Spieler, nicht jedoch auf die Zuschauer. Das berge Probleme, wenn bei Profiwettkämpfen Spiele ab 16 über die Leinwand flimmerten – und wenn ein Teil des Publikums in der Halle oder am Bildschirm noch im Kindesalter sei. Da seien die Eltern gefordert, doch denen fehle oft der Überblick, gestand der CDU-Abgeordnete Tim Brockmann: „Auch ich als Vater eines Elfjährigen fühle mich manchmal überfordert.“

Deswegen müssten speziell ausgebildete Lehrer E-Sport-AGs an den Schulen anbieten und „Aufklärungsarbeit leisten“, forderte Christin Godt von der Landesschülervertretung der Gymnasien. Solche Aktivitäten dürften aber den „echten“ Sportunterricht nicht verdrängen. Alexandra Ehlers, Vorsitzende des Landesjugendrings, regte Spielereignisse in Jugendeinrichtungen an: „Es muss cooler sein, dorthin zu gehen, als allein zu Hause zu sitzen.“



Tausende Zuschauer verfolgten im vergangenen Oktober in der Hamburger Barclaycard-Arena das E-Sport-Turnier „ESL One Hamburg“. E-Profis hätten eine herausragende Koordination und während des Wettkampfs den Puls eines Marathonläufers, betonen Vertreter der Spielebranche. Eine Studie der Sporthochschule Köln weist dagegen auf Risiken für Hobby-Spieler hin: Fehlernährung, Übergewicht, Bewegungsmangel.

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Digitalpakt: Fünf Milliarden Euro erhalten die Länder vom Bund, um an den Schulen die IT-Ausstattung zu verbessern und die Lehrer entsprechend weiterzubilden. Das sieht der Digitalpakt vor, den Bundestag und Bundesrat nach zähen Verhandlungen beschlossen haben. Die 800 Schulen in Schleswig-Holstein sollen über fünf Jahre verteilt 170 Millionen Euro aus Berlin erhalten. Mit den Geldern des Landes und der Schulträger steigt die Summe auf 187 Millionen Euro.

Die Landesregierung hat mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Förderrichtlinie erarbeitet. Das berichtete Bildungsministerin Karin Prien (CDU) Anfang März im Landtag. Demnach sollen die Schulen zunächst ihren Bestand erfassen und ein „technisch-pädagogisches Einsatzkonzept“ erstellen. Die Anträge sollen bis zur Sommerpause gestellt werden, damit das Geld zum neuen Schuljahr fließen kann. Für die Lehrerfortbildung seien zudem zehn Studienleiterstellen eingerichtet worden. „Wir werden versuchen, es für unsere Schulträger so wenig kompliziert wie möglich zu machen“, kündigte Prien an. Martin Habersaat (SPD) forderte, „dass möglichst frühzeitig allen Schulträgern und Schulen die Summe bekannt ist, mit der sie rechnen können“.

Behindertenvertretungen: SSW und AfD machen sich für Behindertenbeauftragte auf kommunaler Ebene stark. Beide Oppositionsfraktionen legten Ende März jeweils eigene Gesetzentwürfe vor. Der Unterschied: Der SSW will die Bestellung eines Behindertenbeauftragten zur Pflicht machen, die AfD setzt auf eine „Kann“-Vorgabe. Beide Fraktionen weisen darauf hin, dass es nur in 37 der rund 1.100 Gemeinden Beauftragte gebe. Sowohl SSW wie AfD rechnen pro Beauftragtenstelle mit monatlich maximal 500 Euro Kosten. Die Ausschüsse für Innen und Recht sowie Soziales beraten weiter.

Küstenschutz: Die Ostseeküste wurde im Januar von den Sturmtiefs „Zetjé“ und „Benjamin“ getroffen. Die Folge: Sandabspülungen und Küstenabbrüche. Sandstrände gingen verloren, die touristische Attraktivität mehrerer Badeorte ist bedroht. Mitte Februar hat Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) den betroffenen Gemeinden Soforthilfen von insgesamt einer Million Euro zugesagt. Die Summe sei nach den Erfahrungen mit vorherigen Sturmfluten ausreichend, so Buchholz. Kommunen, die die Hilfen in Anspruch nehmen wollen, müssen sich zu 50 Prozent an den Kosten beteiligen.

Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) kündigte in der Februar-Tagung zudem Deichverbesserungen an. Es werde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet. 32 Millionen Euro sollen in Heiligenhafen und fünf Millionen Euro in eine 20 Kilometer lange Deichlinie in Lübeck investiert werden. Auf Fehmarn seien weitere drei Millionen eingeplant. Der Landtag unterstützte den Plan, langfristig zu handeln. Es könne nicht sein, dass Stürme Jahr um Jahr für Schäden sorgen, und dass darauf stets mit Soforthilfen reagiert werden müsse, hieß es. Ein grundsätzlicher Unterschied zur Nordseeküste ist, dass an der Ostküste die Kommunen für den Großteil der Deiche zuständig sind.

Rettungsdienste: Die Jamaika-Koalition hat Anfang März die SPD-Forderung zurückgewiesen, die sogenannte Bereichsausnahme in das Rettungsdienstgesetz aufzunehmen. Der Plan der Sozialdemokraten: Hilfsorganisationen, die bereits im Katastrophenschutz Leistungen erbringen, sollen bei der Vergabe von Rettungsdienstaufträgen bevorzugt werden. Eine solche Regelung wäre derzeit nicht rechtssicher, hieß es dagegen bei CDU, Grünen und FDP. Jetzt fordert der Landtag die Landesregierung auf, im Falle neuer europarechtlicher Grundlagen

die Bereichsausnahme zu prüfen. Hintergrund: Derzeit befasst sich der Europäische Gerichtshof mit dem Thema. Die Vergabe von Rettungsdienstleistungen wurde in den letzten Jahren intensiv diskutiert. Anlass war ein Urteil des Bundesgerichtshofs vom Dezember 2008, wonach Rettungsdienstleistungen dem Vergaberecht unterliegen und ausgeschrieben werden müssen.

Verkehrsprojekte: Die Gemeinden in Schleswig-Holstein erhalten ab 2020 mindestens 43,25 Millionen Euro für ihre Infrastruktur und den öffentlichen Personennahverkehr. Einstimmig verabschiedete der Landtag im Februar das von der Landesregierung vorgelegte Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Ab 2021 sieht das Gesetz eine Steigerung der Summe um zwei Prozent pro Jahr vor. 2035 sollen so rund 60 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Dann plant die Landesregierung eine Revision der Mittelvergabe.

Mit dem Geld können die Verkehrsinfrastruktur und der Öffentliche Personennahverkehr vor Ort verbessert werden. 65 Prozent, also rund 28 Millionen Euro jährlich, seien für den kommunalen Straßenbau vorgesehen, erläuterte Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP). Deckensanierungen von Straßen würden weiterhin mit maximal 50 Prozent gefördert, Neubauten mit bis zu 75 Prozent. Der Rest fließe vor allem in die Schieneninfrastruktur und Bahnhofsumgebungen, besonders in die Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung.

Buchholz unterstrich, dass Kommunen ab sofort Förderanträge stellen könnten. CDU-Fraktionschef Tobias Koch zählte auf, dass im kommenden Jahr zusätzlich 11,5 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich und 15 Millionen Euro aus dem Kommunalpaket für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehen.

„Wildes Herz“ und staatliche Neutralität

Wie weit darf politische Bildung an Schulen gehen und wann beginnt die Beeinflussung von Schülern? Die AfD sorgte sich im Januar um die Neutralität im Klassenzimmer – alle anderen Fraktionen pochten dagegen auf offene und kontroverse Diskussionen an der Schule. Anlass war der Film „Wildes Herz“ über die linke Punkband „Feine Sahne Fischfilet“.

Der Streifen wurde im Januar im Rahmen einer Schulkinowoche in Lübeck vorgeführt. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) saß im Publikum. Frank Brodehl (AfD) sah in der Filmvorführung einen Verstoß gegen den „Beutelsbacher Konsens“ (s. Kasten), der zentrale Grundsätze der politischen Bildung festschreibt. „Wildes Herz“ beeinflusse das Publikum durch einen „mitreißenden“ Einsatz von Bild und Musik. „Von der erzeugten Gruppendynamik können sich gerade junge Menschen nicht freimachen“, so Brodehl. Zudem predige die Band Gewalt gegen Polizisten.

Ihr gefalle weder der Film noch die Musik besonders gut, entgegnete Ministerin Prien. Aber: Demokratie-Erziehung bedeute, unterschiedliche Auffassungen zu diskutieren und „die Meinung anderer auszuhalten“. Wenn man einseitige Beiträge verbiete, dann dürften in der Schule beispielsweise auch keine Reden des NS-Propagandaministers Joseph Goebbels behandelt werden. Es gebe zwar eine Pflicht zur „parteilichen Neutralität“, aber nicht zur „Werteneutralität“, unterstrich Ines Strehlau (Grüne). Und Kai Vogel (SPD) fragte die AfD: „Wollen Sie allen



Vorführung des Films „Wildes Herz“ am 14. Januar im Kommunalen Kino Lübeck mit Bildungsministerin Karin Prien (vorne, Mitte) sowie den Regisseuren Sebastian Schultz und Charly Hübner (re. neben der Ministerin). Rund 80 Schüler der Grund- und Gemeinschaftsschule Timmendorfer Strand schauten den Film und diskutierten anschließend darüber.

Ernstes Schulen vorschreiben, welche Filme genehm sind und welche auf einen Index gehören?“

Bombendrohung mit rechtsextremer Wortwahl

Der Film konnte den Schülern in dem Lübecker Kino erst im zweiten Anlauf gezeigt werden. Der erste Termin war nach einer Bombendrohung abgesagt worden. Eine Gruppe namens „Enkel von Adolf Hitler“ hatte mit dem Anschlag gedroht. Die AfD distanzieren sich nicht von dieser Drohung, bemerkte Tobias Loose (CDU), sondern protestiere stattdessen gegen die Filmvorführung. „Das ist ein Skandal, der Ihren Geist zeigt“, so Loose an die Adresse der AfD. Anita Klahn (FDP) verwies auf Online-Meldeportale, die die AfD in anderen Bundesländern eingerichtet habe. Dort werde dazu aufgerufen, Lehrer an den Pranger zu stellen, die eine andere politische Meinung verträten. „Es geht Ihnen darum, offene, kritische und kontroverse Diskussionen in den Schulen zu unterbinden“, sagte sie in Richtung AfD. Und Jette Waldinger-Thiering (SSW) fügte an: „Sie versuchen erneut, Lehrkräfte in Verruf zu bringen.“

Der Beutelsbacher Konsens legt Grundregeln für die politische Bildung fest:

- **Überwältigungsverbot**
Lehrer dürfen Schüler nicht mit nur einer Meinung konfrontieren.
- **Kontroversitätsgebot**
Alle Blickwinkel auf ein Thema müssen dargestellt werden.
- **Schülerorientierung**
Die Darstellung muss verständlich und nachvollziehbar sein.

Vertreter zahlreicher Bildungseinrichtungen einigten sich 1976 im baden-württembergischen Beutelsbach auf diese Punkte. Auch der schleswig-holsteinische Erlass zur politischen Bildung orientiert sich daran.

2019 ist das „Jahr der politischen Bildung“

Die Landesregierung hat 2019 zum „Jahr der politischen Bildung“ an Schleswig-Holsteins Schulen ausgerufen. Anlässe sind der 30. Jahrestag des Mauerfalls und das 70. Jubiläum des Grundgesetzes – aber auch aktuelle

Herausforderungen wie Fake News im Internet. Zum Programm gehören ein landesweiter Projekttag und Lehrerfortbildungen. Unter der Überschrift „Dialog P“ kommen Landtagsabgeordnete in die Schulen, um

mit den Jugendlichen zu diskutieren. Die „Juniorwahl Kids“ soll Grundschüler spielerisch an der Europawahl Ende Mai beteiligen. An der Uni Kiel sollen in einem „Schülerlabor“ neue Unterrichtsformen entstehen.

100 Jahre „Politik als Beruf“ – Wie aktuell ist Max Weber?

Einschätzungen des Journalisten Jürgen Kaube

Am 28. Januar 1919 hielt der Soziologe Max Weber in München seinen Vortrag über „Politik als Beruf“, der noch heute als Standardwerk der Sozialwissenschaften gilt. Auf den Tag genau 100 Jahre später stellte Jürgen Kaube, Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und Autor einer Max-Weber-Biografie, dessen Thesen im Landeshaus auf den Prüfstand. Fazit: Vieles ist nach wie vor aktuell. Aber die Anforderungen an Politiker haben sich seit damals stark verändert.

Als einer der ersten beschrieb Weber den „Berufspolitiker“. Dieser müsse nicht nur „für die Politik leben“, sondern auch von ihr leben können. Sprich: Er muss für seine Arbeit in Parlament oder Regierung ein Gehalt beziehen. Das war zu Webers Zeit nicht selbstverständlich. Dieser habe „zwischen den Epochen“ gelebt, so Kaube. Monarchen, für die das Herrschen nicht Beruf, sondern Lebensinhalt war, wurden gegen Ende des Ersten Weltkriegs europaweit von den Thronen verjagt. Ob an deren Stelle aber eine bürgerliche Demokratie treten würde, war Anfang 1919 keineswegs ausgemacht. Denn dieses Modell galt den sozialistischen Revolutionären ebenfalls als „Sache von gestern“, betont der Feuilleton-Chef der FAZ. In dieser Gemengelage habe Weber die „Professionalisierung“ von Politik gefordert.

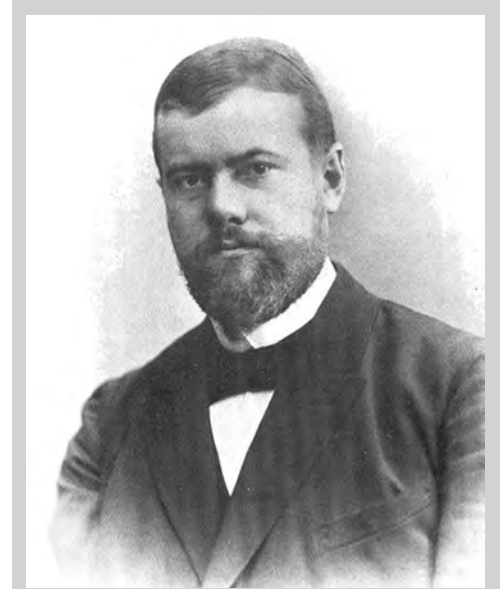
„Vergnügen an der Macht“ gehört dazu

Was aber ist das Handwerkszeug, das ein Berufspolitiker mitbringen muss? „Er muss Mehrheiten beschaffen können“, unterstreicht Kaube, und zwar für eine Sache, aber auch für sich selbst. Und er muss dies sowohl innerhalb des eigenen Lagers schaffen, also in seiner Partei oder Fraktion, als auch in der breiten Wahlbevölkerung. Diese Analyse von Max Weber sei nach wie vor gültig. Politiker müssten „Spezialisten für Machtausübung“ sein und „Vergnügen an der Macht“ haben. Diese Begriffe stießen in der heutigen Zeit häufig auf Widerwillen und Ablehnung, bemerkt Kaube – aber sie gehörten zwingend zum Beruf Politik.

Eine der zentralen Fähigkeiten, um sich in Machtkämpfen durchzusetzen, ist für Max Weber das „Charisma“ eines Politikers. Heute würde man sagen: „Beliebtheit“, so Kaube. Der Zwang, in der Öffentlichkeit eine gute Figur abzugeben, berge jedoch Risiken: „Man steht ständig unter Beobachtung und muss als ganze Person überzeugen.“ Und dabei laufe man Gefahr, sich zwischen alle Stühle zu setzen: „Wer mit Sachkompetenz überzeugen will, gilt schnell als langweilig. Wer rhetorisch glänzen will, der gilt als Schwätzer.“ In den Medien und der Öffentlichkeit herrsche ein „ständiger Mangel an Wohlwollen“, beklagt Kaube.

Kein „Bohren dicker Bretter“

Ein weiteres Problem: Die moderne Gesellschaft sei so komplex, dass „mit hoher Intensität“ Entscheidungen getroffen werden müssten. „Alles muss durch das Nadelöhr der Politik“, betont Kaube – „von der Frage, wann man seinen Grill anwerfen darf über die Stickstoffbelastung der Luft bis hin zur Stilllegung von Atomkraftwerken“. Politiker und Parteien müssten „beweglich“ sein, um all diese Probleme zu lösen. Sie müssten „langfristig denken, aber kurzfristig handeln. Und das gehe auf Kosten des ideologischen Profils. „Da kommt der Vorwurf des Opportunismus auf“, hat Kaube beobachtet.



Max Weber (1864 bis 1920) zählt zu den Gründervätern der Soziologie in Deutschland. Er studierte Nationalökonomie, Philosophie und Geschichte in Heidelberg, Göttingen und Berlin und war als Professor unter anderem in Freiburg, Heidelberg und München tätig. Neben „Politik als Beruf“ zählen „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ sowie „Wirtschaft und Gesellschaft“ zu seinen Hauptwerken.

Mit einem Kernsatz aus Max Webers Vortrag kann Jürgen Kaube hingegen wenig anfangen: „Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“, hatte Weber ausgeführt. Tatsächlich gehe es in der Politik selten darum, an einem thematischen „Brett“ zu arbeiten, meint Kaube: „Sie müssen an Personen und Parteien bohren, damit Sie Erfolg haben!“



Jürgen Kaube war auf Einladung des Landesbeauftragten für politische Bildung in den Landtag gekommen. 130 Gäste hörten zu und diskutierten mit dem Autor.

Platt-Unterricht in Meldorf beeindruckt die Sprachpolitiker

Beirat Niederdeutsch traf sich zum 50. Mal



Singen, schnacken und lernen in Klasse 3b der Grundschule Meldorf – insgesamt erteilen vier Lehrer wöchentlich acht Stunden Platt-Unterricht in den Klassen 3 und 4.

Mehr Platt in der Schule – das hat der Niederdeutsch-Beirat des Landtages gefordert, seit das Gremium 1992 eingerichtet wurde. Inzwischen gehört die Regionalsprache vielerorts zum Schulalltag, zum Beispiel in Meldorf, wo der Beirat Ende Februar zu seiner 50. Sitzung zusammenkam.

„Wir erleben hier, wofür wir alle jahrelang eingetreten sind“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie mit Blick auf die vielfältigen Platt-Aktivitäten an der Grundschule und der Gemeinschaftsschule in der Dithmarscher Domstadt. Drittklässler lernen das Niederdeutsche in Geschichten über das freundliche Untier „Grüffelo“ kennen. Ältere Schüler erfahren im Platt-Unterricht etwas über die örtliche Historie wie die Schlacht von Hemmingstedt zwischen Dithmarscher Bauern und dem dänischen Heer im Jahr 1500. Der Landtagspräsident, der dem Beirat vorsteht, zeigte sich „sehr beeindruckt“ vom Engagement der Lehrer und der Begeisterung der Schüler: „Es ist wichtig, dass Kinder früh mit Platt in Berührung kommen. Umso leichter fällt das Lernen.“ Im Lande gibt es derzeit 30 Grundschulen und sieben weiterführende Schulen mit Platt-Angeboten. 3.000 Schüler nehmen daran teil – Tendenz steigend.

„Nicht nur witzig und heimattümelnd“

Gyde Köster im Gespräch

Schon beim ersten Treffen des Beirats Niederdeutsch im März 1992 war Gyde Köster dabei, damals als SPD-Landtagsabgeordnete. Anschließend war sie Staatssekretärin im Bildungsministerium, und heute gehört sie dem Beirat als ehrenamtliche Minderheitenbeauftragte der Europa-Universität Flensburg an. Anlässlich der 50. Sitzung blickt sie zurück und voraus.



Frau Köster, was war der Anlass, 1992 den Beirat Niederdeutsch einzurichten?

Die bereits existierenden Beiräte waren sehr erfolgreich, nämlich das seit 1975 bestehende Nordschleswig-Gremium und seit 1988 auch das Friesen-Gremium. Man konnte sehen, wie sehr diese Einrichtungen die Belange einer Volksgruppe und auch einer Sprache voranbringen. Aufgrund dieser Erfahrung kamen alle Betroffenen überein, dasselbe auch für die Regionalsprache Niederdeutsch zu machen.

Der Beirat ist hochrangig besetzt ...

Ja, mehr geht nicht. Der Landtag ist durch seinen Präsidenten und Abgeordnete aller Parteien vertreten, hinzu kommen Regierungsvertreter, die Universitäten Kiel und Flensburg, das Lehrerbildungsinstitut IQSH, die Niederdeutschzentren, die Medien sowie Ehrenamtler, zum Beispiel vom Plattdeutschen Rat, vom Heimatbund oder vom Bühnenbund. Die Atmosphäre ist immer sehr konstruktiv, alle arbeiten zusammen.

Welche Erfolge hat es gegeben für die niederdeutsche Sprache?

Platt darf nicht immer nur witzig und heimattümelnd sein und zum Döntjes-Vertellen verwendet werden. Wir müssen es schaffen, es wieder als normale Umgangssprache zu etablieren, die den Lebensalltag abbildet. Auf diesem Weg sind wir einen guten Schritt vorangekommen.

Wenn Sie vorausblicken auf die kommenden 50 Sitzungen: Was ist die zentrale Aufgabe?

Wir haben alle den Wunsch, in den Medien besser vertreten zu sein. Es wäre schön, wenn im Schleswig-Holstein-Magazin im NDR-Fernsehen regelmäßig Platt gesprochen würde. Wir gehen davon aus, dass die Zuschauer davon begeistert wären.

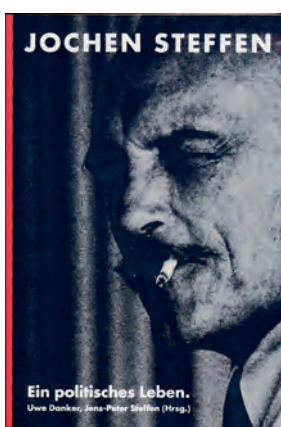
Haben Sie einen persönlichen Wunsch?

Das Bildungsministerium sollte Bonuspunkte für angehende Lehrer verteilen, die eine Zusatzqualifikation in Niederdeutsch oder auch in Friesisch haben.



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



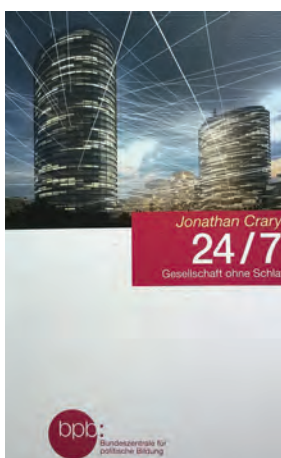
Jochen Steffen. Ein politisches Leben. Hrsg. von Uwe Danker und Jens-Peter Steffen. Malente: Schleswig-Holsteinischer Geschichtsverlag 2018. 736 S.

Mehr als dreißig Jahre nach seinem Tod und mehr als vierzig Jahre nach dem Ende seiner politischen Laufbahn erinnert ein Sammelband an Jochen Steffen, den „roten Jochen“ (1922 bis 1987). Zahlreiche reflektierende Beiträge beleuchten das Leben und Wirken des markanten Sozialdemokraten, des linken Journalisten und des Missingsch sprechenden Kabarettisten. Schwerpunktmäßig wird die Zeit beschrieben, in der Jochen Steffen führende Ämter in der SPD Schleswig-Holstein besetzte.



Handbuch der deutschen Parteien. 3., erweiterte und aktualisierte Auflage. Hrsg.: Frank Decker und Viola Neu. Wiesbaden: Springer VS 2018. 533 S.

Seit dem Erscheinen der Voraufgabe vor fünf Jahren gab es Wahlen zum Bundestag, zum Europäischen Parlament sowie zu allen 16 Landtagen. Als prominentester Neuankömmling sticht die Alternative für Deutschland (AfD) hervor, der es gelungen ist, in alle Landesparlamente einzuziehen, während sich die spektakulären Erfolge der Piratenpartei 2011 und 2012 als Eintagsfliegen entpuppten. Das Handbuch der deutschen Parteien beschreibt umfassend alle wichtigen Parteien in Geschichte und Gegenwart der Bundesrepublik – insgesamt sind es 106.



Jonathan Crary: 24/7. Gesellschaft ohne Schlaf. Aus dem Englischen von Thomas Laugstien. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2015. 108 S.

Noch vor 100 Jahren verbrachten die Menschen regelmäßig zehn Stunden pro Tag mit Schlafen. Heute ist der Nachthimmel nicht mehr dunkel, und der allgegenwärtige Schlafmangel ist Symptom eines beschleunigten Lebens. Pausenloses Einkaufen, Arbeiten und Kommunizieren, 24 Stunden am Tag und an sieben Tagen der Woche, halten die Bevölkerung wach. Das Bedürfnis nach Schlaf wird unterdrückt, und die Fähigkeit zum Warten und zum Verzicht gehen verloren, mahnt der amerikanische Kunstprofessor und Essayist Jonathan Crary.

Broschüren erschienen

Die Dokumentationen zum 30. Altenparlament und zur 32. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ liegen nun vor. Die 335 Seiten starke Broschüre zum Altenparlament protokolliert die Debatten und die Beschlüsse der 90 Senioren vom vergangenen September sowie die Stellungnahmen der Landtagsfraktionen, der Landesministerien und der schleswig-holsteinischen Bundestags- und EU-Abgeordneten. Ebenfalls enthalten ist das Fachreferat des Mediziners und Altersforschers Prof. Gerd Glaeske aus Bremen. Die Broschüre zu „Jugend im Landtag“ enthält den Forderungskatalog der Nachwuchspolitiker aus dem November 2018 sowie die Stellungnahmen der „großen“ Politik. Sie umfasst mehr als 350 Seiten. Erhältlich sind die Dokumentationen, wie immer kostenlos, beim Referat für Öffentlichkeitsarbeit: bestellungen@landtag.ltsh.de

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Markus Stratmann (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1130, markus.stratmann@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Sünje Muxfeldt, Rebecca Hollmann, Detlef Ziep, Vivien Albers, Yvonne Windel, Anna Gellner, Heiko Voß, Anja Freudenthal, Archiv des Landtages, dpa-Bildfunk, Vivian Hertz/Bayrischer Landtag, Christian Kniese/Landesbeauftragter für politische Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, Landesarchiv, Tim Reckmann/pixelio.de, Lizzy Tewordt/pixelio.de, Springer-Verlag, Schleswig-Holsteinischer Geschichtsverlag, Farah Claußen/Uni Kiel, Kunstbrennerei e.V., Künstlergruppe AMorph/Bonn, Rafaela Proell/Suhrkamp-Verlag, Frank Peter/Landesregierung, peterschreiber.media/fotolia.com, wetzkat/fotolia.com, Jaroslav Moravcik/fotolia.com

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de; Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH, Billstraße 103 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29. März 2019

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Abgeordnete persönlich



Heiner Dunckel, SPD,
geboren am 16. Januar 1954
in Hamburg,
verheiratet, vier Kinder,
Professor für Arbeits- und
Organisationspsychologie

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Im Rahmen des Biafra-Krieges 1967 bis 1970 haben wir für die hungernden Menschen, insbesondere die Kinder, an unserer Schule und in unserer Stadt (Hamburg-Harburg) Geld gesammelt. Die Diskussionen und Auseinandersetzungen (auf der Straße und in der Schule) haben mir nicht nur die Augen für die Ungerechtigkeit in der Welt geöffnet, sondern auch die Notwendigkeit, sich zu engagieren, gezeigt. In Folge dessen bin ich dann Schülersprecher am Friedrich-Ebert-Gymnasium in Harburg geworden und damit schon früh in die Bildungspolitik geraten.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Ich wollte etwa ab der Mittelstufe des Gymnasiums Kinderarzt werden. Da ich auch schon während der Schulzeit Geld verdienen musste, habe ich häufig im Krankenhaus gearbeitet. Da war ich von den Strukturen und Arbeitsbedingungen auch der Ärzte wenig begeistert und habe mich dann entschieden, Psychologie zu studieren.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„1. Wirtschaft/Politik (früher Gemeinschaftskunde), 2. Biologie, 3. Sport.“

Was war ihr allererster Job?

„Äpfel pflücken im Alten Land und Pflegehelfer im Krankenhaus.“

Was macht Sie wütend?

„Wenn ich sehe, dass Kinder ungerecht behandelt oder gar missbraucht werden!“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Zentraler Motor ist für mich, dass es meinen und unseren Kindern einmal besser, zumindest nicht schlechter gehen soll. Dies bedeutet für mich insbesondere die gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zur Hochschul- und Berufsbildung. Wir müssen aber auch mehr für ‚gute Arbeit‘ und gute Löhne insbesondere auch in den Bildungs- und Gesundheitsberufen tun. Schließlich können wir den Kindern eine bessere (Um-)Welt nur hinterlassen, wenn wir mehr für den Erhalt der natürlichen Lebensbedingungen und des Klimas unternehmen.“



Frank Brodehl, AfD,
geboren am 30. August 1971
in Troisdorf-Sieglar (NRW),
evangelisch/freikirchlich,
verheiratet, drei Kinder,
Sonderschullehrer

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Seit rund zehn Jahren lerne ich immer wieder Menschen kennen, die ihre Meinung zu bestimmten politischen Fragen nur noch im privaten Kreis ehrlich äußern. Die Zahl dieser Personen wächst kontinuierlich. In der Öffentlichkeit passen sie sich dem Mainstream an, oder sie schweigen. So eine Entwicklung ist für unser Land gefährlich – damit wollte ich mich nicht abfinden.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Zuerst Pilzsammler, später Kaninchenzüchter, Smutje, Schneider, Zimmermann, Reiseleiter, Gebärdendolmetscher, Lehrer – all das, was mir meine Eltern vorgelebt oder gezeigt hatten. Was für ein großer Schatz das eigentlich war, ist mir erst später bewusst geworden; heute bin ich sehr dankbar dafür.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Fast jedes Fach! Das lag vor allem daran, dass ich viele Lehrer hatte, die mich mit ihrer Begeisterung für ihr Unterrichtsfach angesteckt haben. Die Folge davon war, dass ich am Ende meiner Schulzeit kein Fachidiot war, sondern eine recht breitgefächerte Allgemeinbildung hatte.“

Was war ihr allererster Job?

„Blumenbote. Später habe ich als Bäcker, im Einzelhandel und im Büro gejobbt. Außerdem engagierte ich mich bei den Pfadfindern und im Behindertenbereich – beides hat dann mit dazu geführt, dass ich später Sonderschullehrer für gehörlose und ‚verhaltensauffällige‘ Schüler geworden bin.“

Was macht Sie wütend?

„Wütend werde ich nur selten. Was mich aber ärgert ist, wenn in der politischen Auseinandersetzung nicht mehr zwischen Fakten und Meinung unterschieden wird. Wenn außerdem auch noch vermeintlich politisch unkorrekte Positionen mit der ‚Nazi-Keule‘ erschlagen werden, anstatt die Diskussion zu führen, halte ich das für fatal.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Das Bildungssystem. Schule muss den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten aller Schüler gerecht werden. Dies ist nur möglich, wenn unsere Bildungsangebote genauso heterogen sind wie die Schülerschaft selbst. Dazu brauchen wir ein mehrgliedriges Schulsystem inklusive Vorschule und Förderzentrum.“



Seit August 2017 ist Inga Skujiņa Botschafterin der Republik Lettland in Deutschland. Anfang Januar besuchte die Diplomatin erstmals den Landtag. Diverse schleswig-holsteinische Orte unterhalten Partnerschaften mit lettischen Kommunen, etwa Bordesholm mit Ķekava, Geesthacht mit Kuldīga, Kölln-Reisiek mit Ērgļi und Handewitt mit Salacgrīva.

Gerhard Ulrich (re.), scheidender Landesbischof der evangelischen Nordkirche, ist seit Anfang Februar Ehrendoktor der Theologischen Fakultät der Universität Kiel. Dekan Enno Edzard Popkes überreichte die Urkunde im Schleswig-Holstein-Saal und würdigte Bischof Ulrich als „herausragenden Botschafter für Kirche und Theologie“.



Das Saxofon ist „Instrument des Jahres 2019“. Mitte Januar kürte der Landesmusikrat das Holzblasinstrument, und der Saxofonist Rico Gubler (li.) erläuterte Landtagspräsident Klaus Schlie die Griff- und Blastechnik.

Zu Besuch im Landeshaus

Der Hamburger Rapper Samy Deluxe kam Mitte Februar zu einer „Antirassismuskonferenz“ der Grünen in den Landtag. Der Sohn eines sudanesischen Vaters erzählte von seiner Kindheit, in der er wegen seiner Hautfarbe angefeindet wurde: „Das N-Wort habe ich sehr oft gehört.“



Karnevalisten aus Kiel, Lübeck, Marne und Moorrege (Kreis Pinneberg) brachten Anfang März fröhliche Stimmung in den Landtag. Vizepräsidentin Annabell Krämer (5. v. li.) empfing die Narren.

Termine, Termine, Termine ...

70 Jahre Grundgesetz: Alle Artikel als Kunstwerk

145 Kunstwerke stellen die Artikel des Grundgesetzes sowie die Präambel der Verfassung dar – das ist der Grundgedanke einer Ausstellung, die im Juni und Juli im Landeshaus zu sehen ist. Anlass ist das runde Jubiläum des Grundgesetzes, das am 23. Mai 1949, vor 70 Jahren, in Kraft trat.

Die Bonner Ateliergemeinschaft „Kunstbrennerei“ und die Künstlergruppe Amorph haben 90 deutsche und internationale Künstler gebeten, jeweils ein oder zwei Artikel darzustellen. Herausgekommen sind Malereien, Zeichnungen, Drucke, Fotografien, Kollagen, Videos und dreidimensionale Objekte, allesamt mit einer Grundfläche von 40 mal 40 Zentimetern. Neben Besucherführungen bietet die Ausstellung den Gästen auch die Möglichkeit, abzustimmen, welcher Grundgesetzartikel für sie besonders bedeutsam ist.

Die Ausstellung wird am Sonntag, den 16. Juni, dem Tag der offenen Tür, eröffnet und steht bis Sonntag, den 7. Juli, im ersten



Der Grundgesetz-Artikel 17 in der Interpretation des Künstlers Jérôme Padilla: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“

Obergeschoss des Landeshauses. Sie ist täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Frühjahr wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 4. April:	Lübeck
Dienstag, 16. April:	Heide
Donnerstag, 25. April:	Flensburg
Donnerstag, 2. Mai:	Lübeck
Dienstag, 21. Mai:	Heide
Donnerstag, 6. Juni:	Lübeck
Dienstag, 18. Juni:	Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Termin in **Flensburg** im Rathaus, Rathausplatz 1, von 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine **Anmeldung erforderlich**. Telefon: 0431/988-1240.

Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in Kiel, Karolinenweg 1: jeden Mittwoch von 15:00 bis 18:30 Uhr.

„Woche der Militärmusik“ kommt in den Norden

Schleswig-Holstein ist vom 12. bis 16. Mai erstmals Gastgeber der „Woche der Militärmusik“. Das Marinemusikkorps Kiel, das Heeresmusikkorps Neunbrandenburg und das Luftwaffenmusikkorps Erfurt werden neben Märschen auch Klassik, Swing, Jazz und Rock darbieten – „ein herausragendes musikalisches Ereignis mit einer enormen Bandbreite“, wie Landtagspräsident Klaus Schlie betont, der Schirmherr der Veranstaltung ist. Die Schauplätze sind Rendsburg, Flensburg, Husum, Neustadt, Plön, Schleswig, Heide und Mölln. Alle Auftritte sind Benefizkonzerte. Eintrittsgelder und Spenden kommen wohltätigen Zwecken zugute. Eintrittskarten: www.eventim.de

Robert Menasse liest aus der „Hauptstadt“

Der österreichische Schriftsteller Robert Menasse wird am Dienstag, den 21. Mai im Landeshaus aus seinem Roman „Die Hauptstadt“ lesen. Das Werk aus dem Jahr 2017, das unter anderem mit dem Deutschen Buchpreis ausgezeichnet wurde, beschreibt das Innenleben der EU-Kommission in Brüssel. Im Anschluss wird sich Menasse mit dem Moderator Jan Ehlert von NDR Kultur über die Lage in Europa und die bevorstehende Wahl zum EU-Parlament austauschen. Der 1954 in Wien geborene Autor gilt als einer der prägenden Köpfe der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur und ist auch als politischer Essayist aktiv. Die Lesung ist Teil der Reihe „Politische Literatur im Landtag“. Sie beginnt um 19:00 Uhr. Interessierte werden gebeten, sich per Mail anzumelden: anmeldung@landtag.ltsh.de

